



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN UND RUSSLANDS FÖDERALISMUS

■ ANALYSE	
Die russischen Regionalwahlen vom 9. September 2018: Rückkehr realen Wettbewerbs Alexander Kynew (National Research University »Higher School of Economics«, Moskau)	2
■ TABELLEN ZUM TEXT	
Wahlergebnisse 2013, 2016 und 2018 im Vergleich	7
■ ANALYSE	
Russlands Föderalismus in Putins vierter Amtszeit Fabian Burkhardt (National Research University »Higher School of Economics«, Moskau), Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	10
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Föderale Transfers an die Regionen und die Budgets der Regionen	14
■ DOKUMENTATION	
Stichwahlen in den Regionen Primorje, Chakassien, Chabarowsk und Wladimir 2018 – eine Chronik	16
■ UMFRAGE	
Der Einheitliche Wahltag	17
Die Erhöhung des Renteneintrittsalters	17
Sonntagsfrage zur Duma-Wahl	19
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Russland – kein Sommermärchen Jens Siegert (Moskau)	21
■ CHRONIK	
17. – 25. September 2018	25

Die russischen Regionalwahlen vom 9. September 2018: Rückkehr realen Wettbewerbs

Alexander Kynew (National Research University »Higher School of Economics«, Moskau)

Zusammenfassung

Die russischen Regional- und Kommunalwahlen vom 9. September 2018 waren paradox. Einerseits wurden sie von recht harten »elektoralen Säuberungen« begleitet, infolge derer viele ernstzunehmende Kandidaten und Parteilisten nicht zu den Wahlen zugelassen wurden – deren Anteil hat im Vergleich zu den Vorjahren sogar zugenommen. Andererseits war erstmals seit 2011 eine drastische Schwächung von »Einiges Russland« zu beobachten, während die Opposition ernstzunehmende Erfolge verzeichnete.

Einleitung

Der Anzahl großer regionaler Wahlgänge nach lassen sich die Regionalwahlen 2018 nur mit den russlandweiten Wahlen vom 18. September 2016 vergleichen, als in Russland neben den Wahlen zur Staatsduma und zu 39 Regionalparlamenten, 7 Direktwahlen von Gouverneuren und 11 Wahlen zu den Parlamenten regionaler Hauptstädte stattfanden.

Diesmal fanden Wahlen zu 16 Regionalparlamenten statt, 22 Direktwahlen von Gouverneuren, 12 Wahlen der Stadträte in regionalen Hauptstädten und 4 Direktwahlen von Bürgermeistern (solche Wahlen sind in den meisten Regionen abgeschafft). Darüber hinaus erfolgten in 7 vakanten Direktwahlkreisen Nachwahlen zur Staatsduma. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Wahlen in vielen großen Regionen stattfanden, die auf eine lange Geschichte von Wahlen mit echtem Wettbewerb und erheblichen Konflikten innerhalb der Eliten zurückblicken (beispielsweise die Gebiete Archangelsk und Irkutsk, das Swerdlowsker Gebiet, die Republik Burjatien oder die Region Krasnojarsk). In den meisten dieser Regionen hatten die letzten Parlamentswahlen und Kommunalwahlen 2013 stattgefunden. In der Folgezeit hatte es eine drastische Verschärfung der Wahlgesetze gegeben. 2018 waren lediglich 7 der 22 Gouverneurswahlen planmäßig, die übrigen 15 waren vorgezogen. Dort waren die amtierenden Gouverneure von Moskau aus ernannt worden und hatten sich als geschäftsführende Gouverneure zur Wahl zu stellen. Die meisten von ihnen gehören zur Riege der »jungen Technokraten«. Insgesamt waren in 19 Regionen die Gouverneure vorzeitig abgelöst worden (hinzuzurechnen sind 4 Regionen, in denen die Gouverneure am 9. September 2018 vom Regionalparlament gewählt wurden). Diese Art der personellen Erneuerung hatte also 73 % der Regionen betroffen, in denen nun Wahlen stattfanden, was eine Rekordrotation innerhalb der Gouverneursriege bedeutete. Zum Vergleich: 2013 hatte die Rotation zum Zeitpunkt der Wahlansetzung 50 % der Regionen betroffen, in denen Wahlen stattfanden;

2014 waren es 39 %, 33 % im Jahr 2015, 55 % im Jahr 2016 und 70 % im Jahr 2017.

Die Rentenreform als Protestmotor

Die wichtigste Besonderheit der Wahlkämpfe 2018 bestand in ihrer zeitlichen Kongruenz mit der Ankündigung einer Gesetzesänderung zur Anhebung des Renteneintrittsalters. Aufgrund der außerordentlichen sozialen Relevanz dieses Themas, das den größten Teil der Bevölkerung betrifft, geschah es zum ersten Mal seit vielen Jahren, dass ein landesweites Thema unmittelbar den Inhalt der regionalen Wahlkämpfe bestimmte.

Darüber hinaus waren Parteien und Kandidaten, die in Opposition zu »Einiges Russland« standen – die »Spoiler«, die sich auf einen »negativen Wahlkampf« gegen die Opposition spezialisieren, einmal ausgenommen – zum ersten Mal seit 2011 in ihrer Wählermobilisierung de facto durch ein gemeinsames Thema vereint, eben durch die Ablehnung der Rentenreform. Im Jahr 2011 war noch das Motto »Stimme gegen die Partei der Gauner und Diebe!« [also »Einiges Russland«; Anm. d. Red.] ein solches verbindendes Thema gewesen. Dieses Mem war seinerzeit im Wahlkampf fast aller Parteien zu finden gewesen, angefangen bei der LDPR bis hin zur außersystemischen Opposition. Das hatte in Fällen, dass ein Kandidat oder eine Liste nicht zu den Wahlen zugelassen wurde, zu einem Strom von oppositionell gestimmten Wechselwählern zwischen den verschiedenen oppositionellen Listen und Kandidaten geführt.

Die Rentenreform stellte sich gerade für diejenige soziale und Altersgruppe als drängendstes Thema heraus, die eine der Grundlagen des Regimes bildet. Es geht um 18 Millionen potenzielle Wähler über 50 (Frauen von 50–55 Jahren und Männer zwischen 50 und 60) und 9 Millionen im Alter zwischen 45 und 50, also um Menschen, die in nächster Zukunft hätten in Rente gehen sollen. Die Reform war somit für rund 27 Millionen Menschen eine höchst unangenehme Überraschung – für die aktivste und leicht zu mobilisierende Wählerschaft.

Spezifika der Wahlen 2012 bis 2018

Seit 2012 ist die Intensität der Wahlkämpfe in Russland recht gering gewesen. Die Wahlen zeugten eher von einer inhaltlichen Verkümmern und dem Bestreben der Opposition, vielen unangenehmen Themen auszuweichen.

Für den Rückgang der Wahlkampfaktivität der Parteien 2012–2018 gibt es folgende Gründe:

Der Wahltermin. Die qualitativen Änderungen bei der Organisation und Durchführung der Wahlkämpfe sind seit 2013 zu beobachten, jenem Jahr, als der Einheitliche Wahltag vom Oktober auf den zweiten Sonntag im September verlegt wurde. Dadurch fiel die Hauptphase des Wahlkampfes in eine Zeit, in der sehr viele Menschen im Urlaub sind. Unter diesen Umständen werden die Parteien angeregt, ihren Wahlkampf früher zu beginnen (im April/Mai), um sich rechtzeitig im öffentlichen Bewusstsein festzusetzen und/oder sich vor den Sommerferien bei den Wählern in Erinnerung zu rufen. Das verlängert und verteuert somit den Wahlkampf und macht für Vertreter der Opposition eine intensive Wahlwerbung unmöglich.

Systemimmanente Barrieren gegen die Teilnahme ressourcenstarker Kandidaten. Die 2012 erfolgten konzeptionellen Änderungen der Parteigesetzgebung, durch die eine größere Anzahl Parteien registriert wurde (die sich gegenseitig behindern), ging mit einer zunehmenden Zahl von Beschränkungen der Rechte konkreter Bürger einher, die sich zur Wahl stellen wollen. So verloren nach den Gesetzesänderungen von 2012 und den aufgrund einer Gerichtsentscheidung 2014 erfolgten Korrekturen Personen, die wegen schwerer Straftaten zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, für 10 Jahre nach Erlöschen oder Aufhebung des Status eines Vorbestraften das Recht zu kandidieren; bei Personen, die wegen einer besonders schweren Straftat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, beträgt diese Frist 15 Jahre. Darüber hinaus wurden im Mai 2013 de facto vermögensbezogene Beschränkungen für die Beteiligung an Wahlen auf föderaler, regionaler und kommunaler Ebene eingeführt. Den neuen Bestimmungen zufolge sind die Kandidaten verpflichtet, zum Zeitpunkt ihrer Registrierung ihre Konten bei ausländischen Banken außerhalb des Territoriums der Russischen Föderation zu schließen sowie die Aufbewahrung von Barmitteln und Wertgegenständen dort einzustellen. Dadurch haben de facto nahezu sämtliche Großunternehmen ihr passives Wahlrecht verloren, wenn sie sich nicht außerordentlich hohe Kosten aufbürden wollen.

Verstärkte Abhängigkeit der Parteien der »Systemopposition« vom Regime. Nach 2012 hat sich die Lage der »parlamentarischen« oder »alten Systemopposition« erheblich verändert. Das Regime hat sie mit Hilfe von

Zuckerbrot und Peitsche »bearbeitet«: Sie unterstützt nun aktiv die offizielle Politik, wobei sie vielfach ihre frühere Identität als Opposition verliert. Die neue Allianz dieser Parteien mit der Regierung hatte sich bis Anfang 2014 formiert. Gemeinsam nahm man nun den Kampf gegen neue politische Projekte auf. Eine Reihe institutioneller Maßnahmen, durch die etwa den meisten neuen Parteien bei der Registrierung die Privilegien gestrichen wurden oder die Anzahl der für die Registrierung erforderlichen Unterstützerunterschriften drastisch angehoben wurde, war in erster Linie auf den Schutz der »alten« Parteien gerichtet. Seit den Wahlen von 2014 hat sich die Teilnahme von »Spoiler«-Listen an Wahlen verringert. Sie wurden nun selektiv in einzelnen Regionen eingesetzt, vor allem dort, wo es Konflikte zwischen der »alten Opposition« und der Regionalregierung gibt.

Die allzu starke Gewohnheit einer informellen Zusammenarbeit mit den Behörden hat unweigerlich dazu geführt, dass die Parteien der »Systemopposition« Probleme mit ihrer politischen Positionierung bekommen. In den letzten Jahren hat das zu einer Selbstbeschränkung geführt, sowohl bei der Personalpolitik und der Kandidatennominierung, als auch beim Wahlkampf. Dadurch wurden viele Themen schlichtweg aus dem Feld öffentlicher Kritik herausgehalten. Ein realer Diskurs zu Problemen, die die Gesellschaft interessieren, wird immer häufiger durch unpolitische Agitation und medienwirksame Skandale ersetzt. Die Reduzierung des Wettbewerbs hatte eigentlich den alten Systemparteien dabei helfen sollen, Proteststimmen der Anhänger nicht-registrierter Parteilisten und Kandidaten auf sich zu vereinigen. Die Wahlen von 2015 bis 2017 haben jedoch gezeigt, dass oppositionelle Wähler kaum zu diesen Parteien zurückkehren. Die Wähler versuchten immer häufiger, entweder neue Projekte zu finden – wie etwa 2017 bei den Kommunalwahlen in Moskau –, oder aber sie bleiben den Wahlurnen fern. Die Alternativlosigkeit, die dem oppositionellen Wähler aufgenötigt wird, funktioniert angesichts des veränderten Images der Parteien und der sinkenden Qualität der Parteilisten und der Wahlkampforganisation sehr viel weniger als noch vor 2011.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Durch die anhaltende sozioökonomische Krise hat sich die Lage wegen des verstärkten Mangels an Wahlkampfressourcen zusätzlich verschlechtert. In früheren Zeiten hatten Entwicklungsfirmer, große Handelsunternehmen und einzelne Banken in die regionale und kommunale Politik investiert. Fast alle Vertreter dieser Strukturen, die am ehesten an konstruktiven Beziehungen zu Regional- und Kommunalverwaltungen interessiert sind, befinden sich jetzt in einer schwierigen Lage oder existieren überhaupt nicht mehr. Das hat die Intensität der Wahlkämpfe zusätzlich schwinden lassen, nicht nur

in der Hauptphase des Wahlkampfes, sondern auch in dessen Vorfeld. Oft führte es dazu, dass sich die Wahl allein auf die reale Auseinandersetzung bei den »prajmeris« (den innerparteilichen Kandidatenausscheidungen) der »Partei der Macht« und die anschließende administrative Ausgestaltung der erfolgten Absprachen bei den Hauptwahlen reduziert.

Zielgerichtete Kampagnen zur Verringerung der Wahlbeteiligung. Nach den Protesten von 2011/12 hatten die meisten Regionalregierungen auf überzogenen administrativen Druck auf die Wählerschaft verzichtet. Das grundlegende Erfolgsrezept der Regierungskandidaten bestand nun in der Mobilisierung konformistischer und administrativ abhängiger Wählergruppen, die jeden Kandidaten des Regimes unterstützen würden. Hierin bestand eben einer der Gründe für die Verlegung des Wahltermins in den September. Unabhängige Wähler wiederum gehen häufig nicht zur Wahl, weil es niemanden gibt, dem sie ihre Stimme geben wollten. Diese Situation ändert sich erst dann, wenn markante Opponenten in Erscheinung treten, die mit ihren Kampagnen Wähler mobilisieren. Oft werden spezielle Kampagnen gestartet, um die Wahlbeteiligung bei unabhängigen und oppositionell gestimmten Wahlberechtigten zu drücken. Ein ganz ähnliches Ziel verfolgen die intensiven Kampagnen negativer Agitation und »schwarzer PR«, die den Bürgern bei Wahlen deutlich machen sollen, dass es keine positiven Helden gibt.

Nichtzulassung zu den Wahlen von Parteien und Kandidaten, die einen echten Kampf liefern könnten. Jene Parteien und Kandidaten, die zu einem echten Kampf bereit wären, wurden häufig vom Wahlprozess ausgeschlossen – entweder aufgrund eines Deals oder aber, indem sie nicht zugelassen wurden.

Für die »Partei der Macht« und deren Kandidaten ergab und ergibt sich bewusst die Strategie, auf eine niedrige Wahlbeteiligung zu setzen, um das formal benötigte Resultat zu erreichen. Im Falle der anderen Parteien und Kandidaten entspringt die de facto-Arbeit für eine niedrige Wahlbeteiligung eher schlecht organisierten Wahlkämpfen, bei denen es an einer Strategie und an Themen zur Wählermobilisierung mangelt, oder als Folge fehlender Motivation und Ressourcen. In erster Linie haben wir es hier mit einer Selbstbeschränkung aufgrund informeller Beziehungen zu den Regionalregierungen zu tun, wenn nämlich Parteien und/oder Kandidaten wegen gewisser Absprachen und Versprechungen freiwillig kritische Themen meiden oder keine persönliche Kritik an konkreten Führungsfiguren üben.

Besonderheiten des Wahlkampfes 2018

Auch in diesem Jahr sind die Wahlkämpfe wenig intensiv gewesen – bis das Rententhema auf die Tagesordnung

rückte. Ungefähr seit Anfang Juli begann sich die Situation dann tatsächlich zu ändern, als nämlich die unterschiedlichsten Parteien – darunter auch die der »parlamentarischen Opposition« – allmählich aktiver wurden. Allerdings waren die eigentlichen Wahlkämpfe und der Kampf gegen die Rentenreform zunächst nicht überall synchron. Öffentliche Stellungnahmen von Politikern und Kandidaten nahmen erst gegen Ende Juli die Form von Wahlkampflogans an.

So hielt beispielsweise »Gerechtes Russland« bereits am 30. Juni in Wladimir, im Zentralen Stadtpark, den das Bürgermeisteramt für Veranstaltungen ohne vorherige Genehmigung zugewiesen hatte (und der somit zu einem »Hyde Park« wurde), eine Versammlung mit rund 100 Teilnehmern ab. Zur gleichen Zeit organisierte die KPRF 15 Einpersonendemonstrationen an großen Straßen der Stadt. Am 1. Juli gab es in Wladimir eine Aktion von Anhängern Alexej Nawalnyjs bei der etwa 150 Teilnehmer mit Plakaten durch das Stadtzentrum zogen. Einen Monat später kamen zu einer Versammlung, zu der die KPRF aufgerufen hatte, bereits rund 1000 Menschen.

Zu diesem Zeitpunkt erschienen bereits die ersten Wahlkampfmaterialien, in denen der Protest gegen die Rentenreform einen zentralen Platz einnahm, und zwar von allen Parteien mit Ausnahme von »Einiges Russland«.

Im Zuge der immer offensichtlicher werdenden massenhaften Unzufriedenheit mit der vorgelegten Reform wurde auch die Strategie der Regierung immer deutlicher: Sie versuchte, unabhängige Wähler möglichst von der Urne fernzuhalten (»Destillierung der Wahlbeteiligung«), da bei diesen ja die Gefahr von Protestwahlverhalten am größten ist. Die Hauptaufgabe für die oppositionellen Kräfte hingegen bestand nun darin, die bis zum Wahltag verbliebene Zeit dazu zu nutzen, die zunehmende Proteststimmung der Wähler in Wahlbeteiligung umzumünzen, da nur letztere einen Weg darstellt, die zugunsten von »Einiges Russland« eingespielte administrative Wahlmaschine zum Stocken zu bringen und das Monopol der Partei bei Regional- und Kommunalparlamenten zu brechen.

Bei den Gouverneurswahlen war die Situation eine andere: hier fehlten fast überall echte Konkurrenten und die Regierung war an einer maximalen Steigerung der Wahlbeteiligung durch apolitische Wähler interessiert, um so ihre symbolische elektorale Legitimität zu erhöhen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene »anregende« Veranstaltungen abgehalten, bis hin zu Lotterien, zum Auspielen von Preisen und massiver Sozialwerbung.

Insgesamt wies die Intensität der Wahlkämpfe zweifellos eine ausgeprägte regionale Differenzierung auf. Die größte Aufmerksamkeit galt den Wahlen in Regio-

nen, in denen ernstliche Widersprüche innerhalb der Eliten bestehen, und dort, wo aufsehenerregende Skandale eine Aufmerksamkeit für die Wahlen erzeugten (Jekaterinburg, Gebiet Irkutsk). Die Skandale, sogar jene, bei denen es um die Nichtzulassung potentieller Opponenten zu den Wahlen ging, haben dafür gesorgt, dass die Bürger in höherem Maße über Wahlen informiert waren.

Massive Flurbereinigung vor den Wahlen

Die Regierung war von Anfang an bestrebt, die Zusammensetzung der Kandidatenriege aufs strengste zu kontrollieren, und die »Systemopposition« ging gern auf informelle Absprachen mit der Regierung ein. Bei den Gouverneurswahlen 2018 waren die wichtigsten Konkurrenten meist schon in der Vorbereitungsphase aus dem Rennen geschieden: Entweder verzichteten sie selbst auf eine Teilnahme, oder sie wurden von keiner Partei nominiert. Ein Teil der potenziellen Kandidaten war praktisch längst vor Beginn der Wahlen ausgeschlossen.

Die wenigen realen, ernstzunehmenden Anwärter, die nominiert wurden, mussten bald aus dem Wahlprozess ausscheiden, weil sie es nicht schafften, den »kommunalen Filter« (die Sammlung von Unterschriften kommunaler Abgeordneter) zu überwinden. Bei den Bürgermeisterwahlen in Moskau sind das Oberhaupt des Krasnoselskij-Stadtteils, Ilja Jaschin, und der ehemalige Abgeordnete der Staatsduma, Dmitrij Gudkow, am kommunalen Filter gescheitert. Der Prozess der Unterschriftensammlung bei kommunalen Abgeordneten wird bei Gouverneurswahlen sorgsam von den Regionalverwaltungen organisiert.

Als »Kompensation« hatte die Regierung der Systemopposition im Voraus einen Teil der Posten zugeteilt.

»Einiges Russland« hatte in drei Regionen keinen Kandidaten nominiert, nämlich in zwei Regionen, in denen als kommissarischer Gouverneur ein Vertreter der Systemopposition ernannt worden war (im Gebiet Omsk: Alexander Burkow von »Gerechtes Russland«; im Gebiet Orjol: Andrej Klytschkow von der KPRF) sowie in Moskau, wo Sergej Sobjanin es erneut (wie schon 2013) vorzog, formal als Unabhängiger zu kandidieren.

Im Gegenzug verzichtete die KPRF in vier Regionen auf eine Nominierung von Kandidaten (in den Regionen Altai und Krasnojarsk sowie den Gebieten Nowosibirsk und Omsk). Dabei hatte doch das Gebiet Omsk, gemessen an den KPRF-Ergebnissen bei den Dumawahlen 2016, an zweiter Stelle (25,2%), das Gebiet Nowosibirsk an achter (19,6%), die Region Altai an 19. Stelle (17,3%) und die Region Krasnojarsk an 32. Stelle (14,4%) gelegen. Selbst in der Region Krasnojarsk hatte das Ergebnis für die KPRF noch über dem Landesdurchschnitt gelegen während die Kommunisten in den drei übrigen

Regionen in einer außergewöhnlich starken Position waren.

Die LDPR nominierte nur im Amurgebiet keinen Kandidaten, wo sie doch 2016 gerade dort ihr bestes Ergebnis erzielt hatte (29%). In der Republik Sacha (Jakutien) hatte die Partei »Bürgerplattform« ihren bereits nominierten Kandidaten Ernst Bereskin zurückgezogen. Bereskin hatte 2014 bei der Wahl des Republikoberhauptes mit 29,5% der Stimmen den zweiten Platz belegt. Das war eines der besten Ergebnisse eines oppositionellen Kandidaten gewesen.

Bei den Wahlen zu den 16 Regionalparlamenten waren 139 Parteilisten nominiert worden, am Wahltag waren nur noch 103 übriggeblieben. Die Ausiebungsrate bei den von der Wahlkommission zu bestätigenden Listen (also der Anteil derjenigen, die es nicht bis zum Wahltag schafften), betrug fast 26%. Die Anzahl der nominierten Listen pro Region war zudem die niedrigste seit 2012. Gleiches gilt für die Zahl der registrierten Listen pro Region. Was die Ausiebung anbetrifft, so war die Rate hier höher als 2012–2014 und 2016–2017, aber geringer als die 39% im Jahr 2015.

Bei den Wahlen zu den Parlamenten der regionalen Hauptstädte sind in 12 Städten insgesamt 99 Listen aufgestellt worden. Registriert wurden 78. Bis zum Wahltag waren es nur noch 75, womit die Ausieberate 24,24% betrug.

Auffallend ist, wie eine ganze Reihe von Parteilisten und Kandidaten, die offensichtlich ernstzunehmende Erfolgsaussichten hatten, nicht zu den Wahlen zugelassen wurde. Das betraf vor allem die »Patrioten Russlands« in Krasnojarsk, die bei den Wahlen zum Stadtrat im Jahr 2013 nach dem Verhältniswahlrecht den zweiten Platz erreicht hatten. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Autonomen Bezirks der Nenzen traf es die Liste der »Partei der sozialen Reformen« mit dem ehemaligen Gouverneur Wladimir Butow an der Spitze. Im Gebiet Jaroslawl wurden die Listen der beiden demokratischen Parteien »Jabloko« und PARNAS aus dem Rennen genommen. In der Transbaikal-Region wurden bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung die Listen zweier nicht im Parlament vertretenen, aber mit erheblichen Wahlkampffressourcen ausgestatteten Parteien nicht zugelassen, nämlich der »Partei der Tat« und der Partei »Rodina«. Gleiches geschah in dieser Region mit unabhängigen Kandidaten, die beste Erfolgsaussichten hatten.

Der Wahltag selbst und die Tage davor waren von vielzähligen Festnahmen von Vertretern der »außersystemischen Opposition« begleitet, da Alexej Nawalnyj für den 9. September zu Massenprotesten gegen die Rentenreform aufgerufen hatte. Nie zuvor ist in Russland ein Wahltag derart von massenweisen Verhaftungen Oppo-

sitioneller begleitet gewesen. Zudem erfolgten die Festnahmen in einigen Regionen mit demonstrativer Gewalt. Es ist anzunehmen, dass dies zu einer zusätzlichen Politisierung und Radikalisierung der Situation führte und für viele Wähler einen zusätzlichen Reizfaktor darstellte.

Die Ergebnisse – es siegen selbst schwache Oppositionelle

Diejenigen Vertreter der Opposition, die es bis zum Wahltag geschafft hatten, haben trotz der geringen Wahlbeteiligung in den meisten Regionen letztendlich mehr Stimmenanteile erhalten als bei den Wahlen auf föderaler Ebene 2016 und bei den letzten Wahlen in diesen Regionen im Jahr 2013. Das bedeutet, dass sogar ein Teil der traditionellerweise regimetreuen Wählerschaft dieses Mal gegen die Regierung gestimmt hat. Angesichts des Umstandes, dass viele ernsthafte Kandidaten der Opposition nicht zu den Wahlen zugelassen wurden, scheinen Wähler »aus Rache« sogar für »technische« und kaum bekannte Kandidaten gestimmt zu haben.

Das Ergebnis war, dass in vier Regionen Gouverneure oder geschäftsführende Gouverneure sich nicht durchsetzen konnten und ein zweiter Wahldurchgang notwendig wurde (in den Regionen Primorje und Chabarowsk, im Gebiet Wladimir und in Chakassien). Seit der Wiedereinführung einer Direktwahl der Gouverneure 2012 (mit dem »kommunalen Filter«) hat es von 2012 bis 2017 nur einen einzigen Fall gegeben, dass es zu einem zweiten Wahlgang kam, nämlich bei den Gouverneurswahlen 2015 im Gebiet Irkutsk. Darüber hinaus

gewann diesmal die Oppositionelle Sardana Awksentjewa die Bürgermeisterwahlen in der Stadt Jakutsk.

Bei den regionalen Parlamentswahlen hat in drei Regionen (in Chakassien sowie den Gebieten Uljanowsk und Wladimir) erstmals seit 2007 eine andere Parteiliste als die von »Einiges Russland« den ersten Platz belegt: In allen drei Regionen siegte die KPRF. Die Stimmenanteile der Opposition haben überall zugenommen, mit Ausnahme jener Regionen, in denen traditionell massiv gefälscht wird (Baschkortostan, Kalmykien, Tywa, Gebiet Kemerowo). In den Direktwahlkreisen hat die Anzahl der siegreichen Oppositionsvertreter stark zugenommen, ebenso bei den kommunalen Wahlen. Erheblich angestiegen sind auch die Stimmenzahlen für die bizarren »Spoiler« der KPRF, die von der Regierung zur Zügelung der Systemopposition aufgestellt wurden: In vielen Regionen holten die semivirtuellen Parteien »Kommunisten Russlands« und KPSS (»Kommunistische Partei der Sozialen Gerechtigkeit«) 5–6 % der Stimmen, was als Zunahme der Proteststimmen gewertet werden kann, nämlich eines Protestes nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Systemopposition.

Es liegt auf der Hand, dass selbst innerhalb der Systemparteien ein Erstarken der eher oppositionell gestimmten Aktivistengruppen junger Führungskräfte eingesetzt hat. Das ist insbesondere daran zu erkennen, dass viele junge regierungskritisch gesonnene Vertreter der KPRF Abgeordnete geworden sind.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Alexander Kynew ist Dozent am Institut für politische Wissenschaft der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Higher School of Economics. Er ist seit dem 23. Januar 2017 Mitglied der Experten- und Konsultationsgruppe bei der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation. Sein Spezialgebiet sind regionale politische Prozesse in Russland und den Ländern der GUS sowie Studien zu Parteien- und Wahlsystemen.

TABELLEN ZUM TEXT

Wahlergebnisse 2013, 2016 und 2018 im Vergleich

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Regionalwahlen 2013 und 2018 und der Wahlen zur Staatsduma 2016 für die Parteien »Einiges Russland« und LDPR (%)

Wahl des Regionalparlaments in	Einiges Russland			LDPR		
	2013*	2016**	2018	2013*	2016**	2018
Republik Baschkortostan	76,10	56,40	58,31	3,70	11,30	9,96
Republik Burjatien	43,30	43,30	41,01	6,10	13,50	12,02
Republik Kalmykien	51,40	70,60	68,58	2,60	4,30	3,43
Republik Sacha (Jakutien)	47,40	46,40	50,84	6,30	10,70	9,57
Republik Chakassien	46,30	38,10	25,46	16,60	19,50	20,97
Region Transbaikalien	43,10	37,80	28,30	13,40	27,50	24,60
Gebiet Archangelsk	40,70	44,50	31,59	12,30	19,70	23,45
Gebiet Wladimir	44,30	45,20	29,57	9,90	18,00	20,80
Gebiet Iwanowo	55,80	42,50	34,14	7,00	17,90	16,33
Gebiet Irkutsk	42,40	38,60	27,83	11,30	17,40	15,80
Gebiet Kemerowo	86,20	77,30	64,40	3,90	7,70	10,10
Gebiet Rostow	62,50	58,80	56,98	4,70	12,50	9,87
Gebiet Smolensk	41,20	46,90	36,34	13,50	19,90	19,83
Gebiet Uljanowsk	57,60	48,50	33,96	7,20	16,00	13,51
Gebiet Jaroslawl	43,20	38,40	38,43	5,10	17,40	12,97
Autonomer Kreis der Nenzen	45,62	41,10	38,97	10,75	21,80	17,36

* Im Autonomen Kreis der Nenzen fanden die Regionalwahlen am 14. September 2014 statt; ** Wahlen zur Staatsduma

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors basierend auf offiziellen Daten der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Regionalwahlen 2013 und 2018 und der Wahlen zur Staatsduma 2016 für die KPRF und ihre sog. Spoiler-Parteien (%)

Wahl des Regionalparlaments in	KPRF	KPRF	Kommunisten Russlands (KR)	KPRF + KR	KPRF	KR und die Kommunistische Partei der sozialen Gerechtigkeit (KPSS)
	2013*	2016 (Wahlen zur Staatsduma)		2018		
Republik Baschkortostan	11,70	18,60	1,80	20,50	18,80	-
Republik Burjatien	19,40	20,60	2,90	23,50	25,62	KPSS 4,79
Republik Kalmykien	11,40	11,70	1,60	13,20	13,21	-
Republik Sacha (Jakutien)	12,80	14,40	3,10	17,50	19,44	-
Republik Chakassien	14,40	20,90	3,50	24,40	31,01	KR 8,01
Region Transbaikalien	14,10	16,50	3,50	20,00	24,59	-
Gebiet Archangelsk	12,90	12,80	2,00	14,80	18,82	KR 4,03
Gebiet Wladimir	13,50	13,00	3,40	16,40	23,66	KPSS 6,14
Gebiet Iwanowo	14,60	18,30	3,10	21,40	26,92	KR 3,4 KPSS 1,97
Gebiet Irkutsk	18,90	24,80	3,20	27,90	33,94	KPSS 4,84
Gebiet Kemerowo	2,60	7,20	0,60	7,80	10,03	-

* Im Autonomen Kreis der Nenzen fanden die Regionalwahlen am 14. September 2014 statt

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors basierend auf offiziellen Daten der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation

Tabelle 3: Wahlergebnisse der Regionalwahlen 2013 und 2018 und der Wahlen zur Staatsduma 2016 (%)

Wahl des Regionalparlaments in	Gerechtes Russland	Gerechtes Russland	»Rodina«	Partei der Pensionäre	Gerechtes Russland + Partei der Pensionäre + »Rodina«	Gerechtes Russland und andere Parteien
	2013*	2016 (Wahlen zur Staatsduma)			2018	
Republik Baschkortostan	2,80	6,90	0,70	1,00	8,60	Gerechtes Russland – 5,47; Patrioten Russlands – 3,95; Grüne – 1,98
Republik Burjatien	9,00	6,60	0,80	2,20	9,60	Gerechtes Russland – 9,49; Bürgerplattform – 2,56
Republik Kalmykien	4,60	3,20	0,50	1,20	4,90	Gerechtes Russland – 8,43; Patrioten Russlands – 1,03; Bürgerplattform – 0,86; Grüne – 0,76; »Rodina« – 0,51
Republik Sacha (Jakutien)	16,00	15,20	1,60	2,30	19,10	Gerechtes Russland – 16,34
Republik Chakassien	3,90	7,20	1,30	2,10	10,60	Gerechtes Russland – 7,09; Patrioten Russlands – 1,78
Region Transbaikalien	10,40	4,30	1,20	2,20	7,80	Gerechtes Russland – 8,97; Partei der Pensionäre – 6,04; Patrioten Russlands – 3,38
Gebiet Archangelsk	10,50	9,20	1,60	3,00	13,80	Gerechtes Russland – 15,06; »Rodina« – 3,72
Gebiet Wladimir	7,00	7,60	1,90	3,04	12,60	Gerechtes Russland – 10,2; Partei der Pensionäre – 4,38; »Jabloko« – 1,42
Gebiet Iwanowo	4,40	7,40	1,40	2,50	11,40	Gerechtes Russland – 8,22; Partei der Pensionäre – 4,45; »Rodina« – 0,92
Gebiet Irkutsk	4,10	5,30	1,40	2,00	8,70	Gerechtes Russland – 7,04; Bürgerplattform – 4,75; »Rodina« – 1,32
Gebiet Kemerowo	1,90	4,50	0,20	0,30	5,10	Gerechtes Russland – 7,84; Patrioten Russlands – 5,48
Gebiet Rostow	8,00	4,40	1,50	2,60	7,40	Gerechtes Russland – 7,06; Partei der Pensionäre – 1,16; Volksallianz – 0,72
Gebiet Smolensk	7,60	4,50	1,40	2,10	8,00	Gerechtes Russland – 7,79; Partei der Pensionäre – 9,29
Gebiet Uljanowsk	3,00	3,30	1,10	1,90	6,40	Gerechtes Russland – 3,98; Bürgerplattform – 0,8; Patrioten Russlands – 0,74; »Rodina« – 0,56
Gebiet Jaroslawl	9,70	10,30	2,50	2,50	15,30	Gerechtes Russland – 10,26; Patrioten Russlands – 2,26; »Rodina« – 1,2
Autonomer Kreis der Nenzen	Gerechtes Russland – 3,97 »Rodina« – 5,51 Bürgerkraft – 5,12	4,40	2,20	2,20	8,90	Gerechtes Russland – 5,41; »Rodina« – 5,54

* Im Autonomen Kreis der Nenzen fanden die Regionalwahlen am 14. September 2014 statt

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors basierend auf offiziellen Daten der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation

Tabelle 4: Wahlergebnisse der Stadtparlamentswahlen in den Hauptstädten der Regionen der Russischen Föderation für die Parteien »Einiges Russland« und LDPR (%)

Stadt	Einiges Russland			LDPR		
	2013	2016 (Wahlen zur Staatsduma)	2018	2013	2016 (Wahlen zur Staatsduma)	2018
Maikop	43,60	42,40	44,45	7,80	17,31	11,93
Jakutsk	38,70	38,93	33,41	5,80	9,33	9,47
Kysyl	73,10	70,72	78,96	4,50	5,56	5,47
Abakan	59,30	35,45	28,83	9,50	16,87	22,19
Krasnojarsk	31,10	34,48	25,71	3,30	16,08	28,12
Archangelsk	37,90	38,10	27,41	12,70	18,87	21,43
Belgorod	40,70	36,69	35,61	6,40	17,14	12,6
Wolgograd	7,50	46,31	52,64	7,10	15,02	13,12
Weliki Nowgorod	27,60	32,10	24,39	8,90	14,11	12,49
Rjasan	51,40	40,49	36,22	7,50	17,22	20,84
Jekaterinburg	28,10	37,69	31,57	5,60	12,78	13,77
Tjumen	56,00	43,32	39,44	18,80	17,83	24,47

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors basierend auf offiziellen Daten der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation

Tabelle 5: Wahlergebnisse der Stadtparlamentswahlen in den Hauptstädten der Regionen der Russischen Föderation für die kommunistischen Parteien und »Gerechtes Russland« (%)

Stadt	KPRF	Kommunistische Parteien				Gerechtes Russland			
		2013	2016 (Wahlen zur Staatsduma)		2018		2013	2016 (Wahlen zur Staats- duma)	2018
			KPRF	KR	KPRF	KR, KPSS			
Maikop	11,30	17,67	2,82	23,92	KR 5,22	3,80	7,29	7,88	
Jakutsk	11,90	14,67	3,06	22,49	-	17,40	18,85	20,66	
Kysyl	7,20	5,99	1,72	8,4	-	6,00	8,87	5,26	
Abakan	12,30	19,66	2,4	23,97	KR 6,83	3,20	11,62	6,93	
Krasnojarsk	9,10	12,34	2,8	16	-	10,90	7,14	9,05	
Archangelsk	17,40	14,19	1,64	17,94	KR 4,56	9,40	11,84	17,3	
Belgorod	23,60	19,22	2,16	25,01	KR 2,31	7,40	12,74	7,3	
Wolgograd	16,60	15,57	2,05	14,65	KR 3,71	10,10	7,9	7,7	
Nowgorod	17,30	17,7	2,34	30,57	-	15,80	16,45	17,39	
Rjasan	14,70	18,31	2,43	20,59	KR 4,82	4,10	8,77	9,21	
Jekaterinburg	8,60	11,27	2,18	23,02	-	17,80	14,63	20,66	
Tjumen	10,70	17,97	0,46	18,39	-	7,10	17,41	12,44	

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors basierend auf offiziellen Daten der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation

Russlands Föderalismus in Putins vierter Amtszeit

Fabian Burkhardt (National Research University »Higher School of Economics«, Moskau),
Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen Moskau und den Regionen befinden sich in einer paradoxen Situation: Der Kreml sieht sich trotz kontinuierlicher politischer und fiskalischer Zentralisierung mit einer neuen Politisierung in den Regionen konfrontiert. Diese war eigentlich für eine Zeit typisch, in der Russland sowohl auf der föderalen Ebene als auch in den Regionen deutlich pluralistischer und weniger autoritär war. Die Regionalwahlen am jüngsten Einheitlichen Wahltag haben deutlich gemacht, dass die dauerhafte Vernachlässigung von Feedback-Mechanismen aus den Regionen sowohl für den Kreml als auch für die Gouverneure zu einem handfesten Problem geworden ist.

Langfristige Zentralisierung schreitet voran

Russland ist der Verfassung gemäß eine Föderation, hat sich jedoch in der Ära Putin mehr und mehr in Richtung Einheitsstaat entwickelt. Zwar war Russlands »asymmetrischer Föderalismus« auch schon in den 1990er Jahren von einem Ungleichgewicht in der Kompetenzverteilung zu Gunsten Moskaus geprägt. Die größten Schritte in Richtung autoritärer Zentralisierung wurden allerdings in den frühen 2000er Jahren in Putins erster Amtszeit vollzogen. Dazu gehört die Bildung der von Kreml-Bevollmächtigten geleiteten Föderalbezirke im Jahr 2000, die als Organisationsebene zwischen Regionen und föderaler Regierung eingezogen wurden. Mit einer Reform des Föderationsrates im gleichen Jahr wurde die zentrale Kontrolle über das Oberhaus der Föderalversammlung gestärkt. Ein weiterer, wichtiger Schritt war die Abschaffung der direkten Gouverneurswahlen 2004 bzw. der restriktive kommunale Kandidatenfilter nach ihrer Wiedereinführung 2012.

Im Verlauf dieser Rezentralisierung versuchte Moskau, die regionalen Verfassungen und Gesetze sukzessive in Einklang mit föderalem Recht zu bringen. Bilaterale Verträge, die die russische Regierung zwischen 1994 und 1998 mit 42 Föderationssubjekten abgeschlossen hatte, wurden nicht mehr verlängert. 2017 wurde dieser allmählichen Nivellierung ein Schlussstein gesetzt, als selbst der reichen Republik Tatarstan die letzten Sonderrechte entzogen wurden. Zudem wurde ein neues Sprachengesetz beschlossen, das in den ethnischen Republiken wie Jakutien und Tatarstan besonders schmerzhaft aufgenommen wurde. In den Regionen wird befürchtet, dass die nationalen Sprachen gegenüber dem Russischen im Schulunterricht zukünftig verdrängt werden.

Zum Prozess der Zentralisierung gehört auch der grundlegende Wandel des Parteiensystems: Eine Wahlrechtsreform von 2002 zwang die Regionen dazu, von reinen Einerwahlkreisen zu einem Grabenwahlsystem zu wechseln, in dem mindestens die Hälfte der regionalen Parlamentsabgeordneten über Parteilisten im

Verhältniswahlsegment gewählt werden müssen. Eine Verschärfung des Parteiengesetzes erschwerte die Registrierung von Parteien deutlich, was zu einer drastischen Verringerung der an Wahlen teilnehmenden Parteien führte. Beides begünstigte den Aufstieg von »Einiges Russland« zur auch in den Regionen dominanten Partei. Einmal fest im Sattel, nutzte die Partei ihre privilegierte Position aus, um durch häufige Änderungen im Partei- und Wahlrecht flexibel auf neue Gegebenheiten zum eigenen Vorteil reagieren zu können. Da »Einiges Russland« auch die Mehrheiten in den Regionalparlamenten stellte und die meisten Gouverneure zumindest formal der Partei beitraten, erlangte der Kreml so die Kontrolle über die exekutiv-legislativen Beziehungen in den Regionen.

Schließlich büßten die Regionen finanzielle Freiheiten ein. Die wichtigen Einnahmen aus Öl und Gas wurden schrittweise fast vollständig in den föderalen Haushalt überführt. Als letzte Etappe der Zentralisierung kann die Überlastung der regionalen Haushalte in der Wirtschaftskrise 2015/2016 gesehen werden, die vor allem ärmere Regionen in die Abhängigkeit von föderalen Krediten brachte. Eine Welle von durch den (föderalen) FSB initiierten Korruptionsverfahren gegen Gouverneure hat in den vergangenen Jahren außerdem gezeigt, dass die regionalen politischen Eliten großen Risiken ausgesetzt sind.

Fiskaler Föderalismus ist größtenteils Fassade

Die Haushalte des russischen Staates sind in föderale, regionale und kommunale Budgets aufgeteilt und gleichen damit der Struktur anderer föderaler Staaten. Die Zuordnung der Ausgaben auf die verschiedenen Haushalte ließe sich größtenteils auch mit dem Prinzip der Subsidiarität begründen, demzufolge die Verantwortung stets so lokal wie möglich und nur so föderal wie nötig verteilt werden soll. Aus den regionalen und kommunalen Haushalten werden Schulen und Kindergär-

ten (rund 25 % der Ausgaben), Straßenbau und Subventionen (21 %), regionale Anteile an den Sozialausgaben (20 %), Gesundheitsversorgung (10 %) und der städtischen Versorgung (10 %) bezahlt. Allerdings ist die Selbstständigkeit der Regionen über eine Vielzahl von Regularien und Vorgaben in föderalen Gesetzen so weit eingeschränkt, dass die Haushalte eher als regionale Kostentstellen der föderalen Exekutive dienen, und weniger eigenverantwortliche Entscheidungszentren sind.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind die Einkommenssteuer (30 % der regionalen Einnahmen) und die Gewinnsteuer (23 %). Die Höhe dieser Steuern wird von Moskau festgelegt. Die Regionen und Kommunen können nur bei einigen, relativ unbedeutenden Einnahmequellen die Steuersätze oder die Bemessungsgrundlage bestimmen (etwa bei der Transportsteuer oder der Immobiliensteuer). Die eigenen Einnahmen der Regionen aus Steuern und Gebühren liegen dabei deutlich unter dem, was die regionalen Budgets leisten müssen. Auf föderaler Ebene fällt hingegen ein überproportional großer Anteil der Einnahmen an. Erst die föderalen Transfers an die Regionen (16 % der regionalen Einnahmen) schließen die Lücke in den regionalen Haushalten. Die systematische »vertikale Disbalance« besteht in vielen Föderalstaaten, allerdings ist sie in Russland besonders stark ausgeprägt. Zum Teil lässt sich das mit dem extrem unterschiedlichen wirtschaftlichen und damit auch steuerlichen Potential der Regionen erklären. Die Funktion der Transfers ist auf der einen Seite der partielle Ausgleich der großen Unterschiede zwischen reichen und armen Regionen. Einen »horizontalen« Mechanismus der Umverteilung (ohne Umweg über den föderalen Haushalt), wie etwa den deutschen Länderfinanzausgleich, gibt es in Russland nicht. Auf der anderen Seite sind die Transfers aus Moskau aber auch ein Instrument der Kontrolle über die Regionen. Das gilt insbesondere für die »schwierigen« Regionen im Nordkaukasus, deren eigene Einnahmen weniger als 20 % der Ausgaben decken und die ohne Moskauer Zuwendungen nicht lebensfähig wären.

Das Finanzministerium strebt seit einigen Jahren nach einer möglichst weitgehenden Formalisierung der Verhältnisse zu den Regionen. Die Behörde bemüht sich dabei, Transfers in die Regionen stärker an Regeln zu knüpfen, die für alle Regionen gleichermaßen gelten. Dabei geht es dem Finanzministerium vor allem um die Dotationen, die nicht an einen Verwendungszweck gebunden sind und etwa die Hälfte der föderalen Transfers ausmachen. Ein Teil dieser Dotationen wird nach intransparenten Kriterien eher ad-hoc vergeben: Die sog. »Dotationen für die Budget-Balance«, die während der Finanzkrise 2009 eine wichtige Rolle spielten, sind deutlich zurückgegangen. Nur sehr wenige Regionen erhal-

ten diese Transfers heute noch im großen Umfang: Mit eigenen Budget-Positionen sind nur Tschetschenien, die Krim und Sewastopol vertreten.

Stabil geblieben sind dagegen die »Dotationen für den Ausgleich der Budget-Versorgung«. Dieser zweite Teil wird in mehreren Schritten nach einer Formel berechnet, die größtenteils auf den regionalen Zahlen des staatlichen Statistikamts Rosstat beruht. Für jede Region bestimmt das Finanzministerium ein kalkulatorisches Steuerpotential (u. a. aus der Anzahl und Größe der Unternehmen), das die Region erzielen könnte, und kalkulatorische Ausgabeverpflichtungen (u. a. aus der Bevölkerungszahl), die anfallen dürften. Die Differenz zwischen beiden Werten bestimmt den Transfer. Der Hintergedanke dieser Berechnung ist, dass besonders sparsame Regionen oder solche, die im Eintreiben der Steuern besonders engagiert sind, nicht durch einen geringeren Finanzausgleich bestraft werden sollen. Eine aktuelle Studie der Wirtschaftsprüfung PricewaterhouseCoopers (PwC) kommt allerdings trotzdem zu dem Schluss, dass die großen Transfer-Empfänger sich weniger um eigene Einnahmen und sparsames Haushalten bemühen. Natürlich schwächen die Transfers außerdem die Anreize der Empfänger-Regionen für erfolgreiche Wirtschaftspolitik: Wächst die regionale Wirtschaftsleistung, steigt auch ihr kalkulatorisches Steuerpotential und die Transfers aus Moskau sinken.

Die Regionen fallen damit mehr und mehr in zwei Lager. Laut Finanzministerium erhalten derzeit 12 Föderationssubjekte keine Ausgleichstransfers. Diese oft als »Geberregionen« bezeichneten reichen Provinzen besitzen einen größeren Handlungsspielraum gegenüber dem Zentrum als die Nettoempfänger. Die reicheren Regionen nutzen zudem die ihnen verbliebenen Spielräume eher aus. Sie bemühen sich zum Teil auch erfolgreich um die Ansiedlung von russischen und internationalen Unternehmen. Natürlich weckt ihr Reichtum auch Begehrlichkeiten: Die Steuereinnahmen der Stadt Moskau sind inzwischen so hoch, dass die Verwaltung ein Abschöpfen des Reichtums durch die föderale Regierung fürchten muss. Auch deshalb gibt Moskau fieberhaft immer mehr Geld für neue Straßen, Parks und Plätze aus. 2017 verfügte die Stadt Moskau über eigene Einnahmen i. H. v. 2,1 Billionen Rubel (umgerechnet etwa 30 Millionen Euro), während die restlichen 82 Regionen (ohne Krim und Sewastopol) zusammen auf 7,1 Billionen Rubel (umgerechnet etwa 100 Millionen Euro) kamen. Gleichzeitig häufen einige arme Regionen große Schuldenberge an und verlassen sich auf Transfers und Bail-outs durch die Zentralregierung.

Zu dem stärkeren Auseinanderfallen von reichen und armen Regionen hat außerdem die restriktive Fiskalpolitik während der Wirtschaftskrise 2015/2016 bei-

getragen. Insgesamt befinden sich die Transfers an die Regionen und auch die finanziellen Möglichkeiten der Regionen in einem langfristigen Abwärtstrend. Nach der Finanzkrise 2009 hatte man die Transfers an die Regionen kurzzeitig um 19,6% (inflationsbereinigt) erhöht, um die sozialen Auswirkungen der Rezession abzufedern. Parallel stiegen die Renten drastisch an, die in ärmeren Regionen einen deutlich größeren Teil der individuellen Einkommen stellen. Im Kontrast dazu schrumpften die Transfers von 2013 auf 2016 deutlich um 22%. Die Regionen reagierten mit niedrigeren Ausgaben für Bildung (- 18%), Gesundheit (- 23%), Sozialsysteme (- 6%), Infrastruktur (- 14%) und städtische Versorgung (- 22%). Bei den Ausgaben für soziale Unterstützung haben die Regionen verhältnismäßig viel Handlungsspielraum, den sie in der Krise für Sparmaßnahmen nutzten. Auch durch diese Politik staute sich bereits in den letzten Jahren Unzufriedenheit in einigen Regionen an, die sich im Zuge der Rentenreform zunehmend entlädt.

Zentralisierung schafft neue Risiken

Obwohl es das Ziel der Zentralisierung ist, die politische Kontrolle über die Regionen zu verbessern, treten mit ihr neue Probleme auf. Besonders die Informationsasymmetrie zwischen Moskau und den regionalen Verwaltungen machen der föderalen Regierung zu schaffen. Zwar lässt die detaillierte Regulierung der föderalen Gesetze den regionalen Regierungen wenig Spielraum für eigene Politikgestaltung. Allerdings bietet das Amt des Gouverneurs immer noch viele Möglichkeiten für Misswirtschaft, partikularistische Interessenpolitik und korrupte Praktiken. Auch durch die Manipulation sozioökonomischer Statistiken versuchen die regionalen Regierungen ihre Stellung zu verbessern. Die regionalen Verwaltungen sind daran interessiert, soziale und politische Risiken in ihren Regionen herunterzuspielen, um nicht die politische Unterstützung des Kremls zu verlieren.

Mit der weit reichenden Einschränkung der politischen Konkurrenz ist die Kontrolle der Gouverneure durch politische Gegenspieler und die Wählerschaft schrittweise abgebaut worden. Die Bevölkerung kann bei den Regionalwahlen heute nur noch sehr unspezifisch ihren Unmut äußern. Eine öffentliche Diskussion über politische Alternativen für die regionale Politik gibt es kaum. Das Aufdecken von lokaler Misswirtschaft ist für Journalisten häufig sogar gefährlicher als die Kritik an föderaler Politik. Heikle Informationen kommen in der Regel erst dann zum Vorschein, wenn bereits offene Konflikte innerhalb der regionalen Elite ausgebrochen sind. Die Öffentlichkeit fällt damit als Korrektiv der Gouverneure größtenteils aus.

In manchen Regionen versucht sich die »Gesamtrussische Volksfront« (ONF) als externer Kontrolleur der Bürokratie. Zwar versteht sich die vom Kreml 2011 eingerichtete »quasi«-NGO als Putin-treu, dennoch kann sie einen Reizpunkt für die regionalen Verwaltungen darstellen, wenn Missstände wie etwa im Straßenbau oder medizinischen Einrichtungen aufgedeckt werden. Einige Regionen bemühen sich darum, präventive Feedbackmechanismen im Internet einzurichten, um möglichst früh von Problemen zu erfahren. Dazu zählen bspw. Online-Bürgerstunden oder -Petitionen oder das systematische Monitoring von sozialen Medien. So soll verhindert werden, dass sich Unmut aufstaut und womöglich in Protesten entlädt.

Mit der Zentralisierung ist die Steuerung der Regionen immer stärker eine »Politik der Kennzahlen« geworden. Als Inspiration der Zentralverwaltung dient dabei auch das Performanzmanagement, wie es etwa in Singapur, Malaysia oder auch China betrieben wird. Allerdings führt diese starre Steuerung von oben selbst bei formaler Umsetzung der Leistungskennzahlen häufig zu schwer aufzulösenden Zielkonflikten und nicht-intendierten Konsequenzen. Besonders die sogenannten »Mai-Dekrete«, die Staatspräsident Putin zu Beginn seiner dritten Amtszeit 2012 erließ, wurden auf eine Vielzahl von Indikatoren und Zielwerten heruntergebrochen, die die regionalen Regierungen zu erreichen haben. Das Ergebnis der Steuerung über Indikatoren ist allerdings, dass Regionen ihre Politik an den Indikatoren selbst ausrichten. Da Moskau die Entscheidungen trifft, die Regionalchefs aber persönlich für Erfolg oder Scheitern gerade stehen müssen, ist das Anreizsystem verzerrt. Die Gouverneure verhalten sich in diesem Rahmen durchaus rational. Sie lernen, mit den Vorgaben aus dem Zentrum umzugehen (»pervertiertes Lernen«). Durch die Manipulationen von Statistiken können sie die Informationsasymmetrie für sich nutzen. Die eigentlichen Ziele, die die Zentralregierung mit den Indikatoren im Sinn hatte, treten allerdings in den Hintergrund.

Mit einem der Mai-Dekrete (Nr. 597) sollte beispielsweise ein höheres Gehaltsniveau für Ärzte in den Regionen erzwungen werden. Zusätzliche Mittel für die Gehälter fehlten aber. Als Ausweg blieb finanzärmeren Regionen nur die Entlassung von Ärzten, was dem Ziel des Dekrets – die Verbesserung der Gesundheitsversorgung – zuwiderläuft. Ein weiteres Problem ergab sich im Gesundheitssektor in Folge eines anderen Dekrets (Nr. 598), das das Ziel vorgab, die Sterblichkeit in Folge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Tuberkulose, Verkehrsunfällen und Säuglingstodesfälle zu reduzieren. Die statistisch erfasste Sterblichkeit verringerte sich augenscheinlich im Laufe der Jahre. Tatsächlich änderten viele Regionen die Methodik, nach

der Todesursachen klassifiziert und registriert werden. Um das jährliche Soll der Indikatoren zu erreichen, wurden Todesfälle anderen Erkrankungen oder einfach einer Residualkategorie »Anderes« zugeschrieben, die nicht vom Dekret erfasst wurden. Statt einer Verbesserung der Vorsorge und Behandlung war das Ergebnis eine Verschlechterung der statistischen Erfassung. Auch im Wohnungsbau kam es zu Fehlanreizen: Um den Zielwert für neu gebaute Wohnungen zu erreichen, wurden in den Regionen viele Wohnblocks in den Vorstädten hochgezogen, weil der Ausbau der städtischen Lagen kleinteiliger und komplizierter ist. Allerdings münden die wachsenden Vorstädte letztlich in einen Verkehrskollaps und weniger lebenswerten Wohnraum. Statt einer Verbesserung der Wohnsituation steht damit am Ende eine Verschlechterung.

Regionalwahlen: Die turbulenten Zeiten sind zurück

In Russlands elektoralem Autoritarismus sind Wahlen vor allem ein Mittel, um Informationen über die Lage in den Regionen zu sammeln. Gute Wahlergebnisse für den Präsidenten und »Einiges Russland« signalisieren dabei, dass die Regionalchefs loyal sind und sich in ihren Regionen um Wählerstimmen für Kreml und Partei bemühen. Wenn die Wahlen dann noch ohne größere Skandale ablaufen und der Gouverneur auf den allzu massiven Einsatz seiner »administrativen Ressourcen« oder gar unverblühte Fälschungen am Wahltag verzichtet, so wird dies im Kreml als Zeichen von »Kompetenz« der regionalen Führung aufgefasst, und als Hinweis darauf, dass sie ihre Region »im Griff« hat.

Der Einheitliche Wahltag vom 9. September 2018 ist aus mehreren Gründen der bedeutendste seit Dmitrij Medwedews Präsidentschaft, wenn nicht sogar seit der Abschaffung der Gouverneurswahlen 2004. Der »Krim-Effekt« ist endgültig aus den Zustimmungswerten von Präsident, Gouverneuren und »Einiges Russland« verpufft. Vor allem bei den regionalen Parlamentswahlen wurde deutlich, dass Abstimmungsergebnisse und Wahlbeteiligung wieder auf das Niveau von vor der Protestwelle 2011/2012 zurückgefallen sind.

Der Ablauf der Gouverneurswahlen ist besonders im historischen Kontext bemerkenswert. Zwar verlief der Urnengang in 18 von 22 Regionen im Sinne des Kremls. In den vier Regionen Primorje, Chakassien, Chabarowsk und Wladimir musste allerdings in einer zweiten Runde nachgewählt werden. In Primorje wurde das gesamte Wahlergebnis von der Wahlkommission annulliert. Damit hat der Wahlgang vom 9. September politische Turbulenzen mit sich gebracht, die an die 1990er und frühen 2000er Jahre erinnern. Zwischen 2012 und 2017 hatte es nur eine einzige »zweite Runde« bei den

Regionalwahlen in Irkutsk gegeben. In einer vergleichbaren Periode von vor der zwischenzeitlichen Abschaffung der Regionalwahlen (2001 bis 2005) mussten hingegen 29 Gouverneure ein zweites Mal antreten. Die Annullierung einer Regionalwahl hatte unter Putin bisher nur ein einziges Mal stattgefunden (im Jahr 2002 in Krasnojarsk). In den 1990er Jahren wurden immerhin sieben Wahlen für ungültig erklärt, zuletzt allerdings im Jahr 1996 im Autonomen Kreis der Ewenken. In den 1990er Jahren war ein Wechsel an der Spitze der regionalen Politik wesentlich häufiger: 30 Amtsinhaber verloren vor 2004 bisher in der zweiten Runde. Im Verlauf der Nachwahlen am 23. September 2018 verloren gleich zwei amtierende Regionalchefs: Swetlana Orlowa in Wladimir und Wjatscheslaw Schport in Chabarowsk jeweils an einen Vertreter der systemischen Oppositionspartei LDPR.

Das Krisenmanagement der Abteilung für Innenpolitik der Präsidentsverwaltung unterschied sich je nach Situation in den vier Regionen. Insgesamt stand die Vermeidung von öffentlicher Aufruhr im Vordergrund. Die Amtsinhaber Wiktor Simin in Chakassien und Andrej Tarasenko in Primorje wurden demonstrativ bestraft – beide treten nicht mehr an. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass Simin sich gerne öffentlich mit Jagdtouren brüstete, die er für Staatspräsident Putin und dessen Gefolge ausrichtete. Putin stattete Tarasenko nach der ersten Wahlrunde persönlich einen Besuch ab. Der Präsident äußerte dabei ausdrücklich seine Zuversicht, dass bei der zweiten Wahlrunde für Tarasenko schon alles gut gehen würde.

Die vier Regionen, in denen nachgewählt werden musste bzw. im Fall von Primorje und Chakassien noch muss, gehören gemessen am regionalen BIP per Kopf zum Mittelfeld der 22 Regionen, in denen 2018 Gouverneure gewählt wurden. Sinkende Realeinkommen und Entrüstung über die Rentenreform sind also nicht die einzigen Gründe dafür, dass einige Regionalchefs bei dieser Wahl abgestraft wurden. Das Abstimmungsprinzip »Jeder andere ist besser als der amtierende »Einiges-Russland«-Kandidat« deutet darauf hin, dass sich beim Wahlgang Frust entladen hat, der vorher latent vorhanden war, aber bisher von der Bevölkerung nicht kommuniziert wurde. Jene Informationsasymmetrie, die für die föderalen Beziehungen in Russland insgesamt charakteristisch ist, bringt nun auch die regionalen Führungen in Schwierigkeiten. Die Kehrseite der durch die Zentralisierung entstandenen Machtvertikale sind verstopfte und verzerrte senkrechte Kommunikationskanäle. Dass es überhaupt zu zweiten Wahlrunden kam, hat viele Protestwähler erst an die Urnen getrieben. Davon zeugen eine höhere Wahlbeteiligung und Stimmenzahl für die Gegenkandidaten von »Eini-

ges Russland« beim zweiten Wahlgang. Vielen Wählern wurde wohl erst durch die schwachen Wahlergebnisse in den ersten Runden bewusst, dass ihr bisher nur privat gehegter Unmut von einer großen Zahl anderer Wähler geteilt wird. Dieses Phänomen, auch »Informationskaskade« genannt, verwandelte die eigentlich als unbedeu-

tend geltenden Regionalwahlen erst in eine öffentliche Protestabstimmung. Die politischen Risiken sind somit für alle Akteure in der Vertikalen deutlich gestiegen: Es ist nicht auszuschließen, dass derartige Informationskaskaden zukünftig auf eine weit größere Zahl von Regionen oder gar die föderale Ebene überschwappen.

Über die Autoren

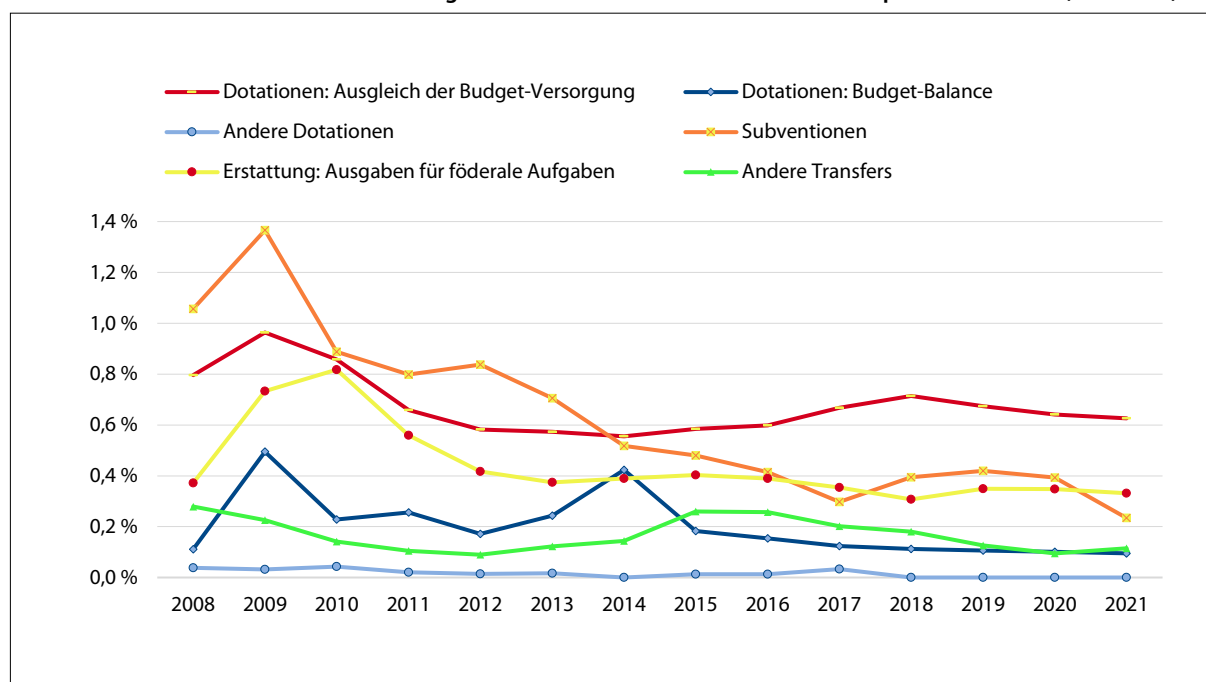
Fabian Burkhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am International Center for the Study of Institutions and Development der National Research University »Higher School of Economics« in Moskau und assoziierter Wissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. In seinem Postdoc-Projekt beschäftigt er sich mit der Implementierung der Mai-Dekrete in den russischen Regionen. Er wurde im August 2018 mit einer Arbeit zur Institution des russischen Präsidenten an der Universität Bremen im Fach Politikwissenschaft promoviert.

Janis Kluge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dort beschäftigt er sich mit Fragen der russischen Wirtschaftsentwicklung und Innenpolitik. Zuvor war er Stipendiat des Zentrums für Osteuropa- und Internationale Studien (ZOiS) und wurde im Juli 2017 an der Wirtschaftsfakultät der Universität Witten/Herdecke promoviert.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Föderale Transfers an die Regionen und die Budgets der Regionen

Grafik 1: Föderale Transfers an die Regionen 2008–2017 und aktuelle Haushaltspläne 2018–2021 (% des BIP)

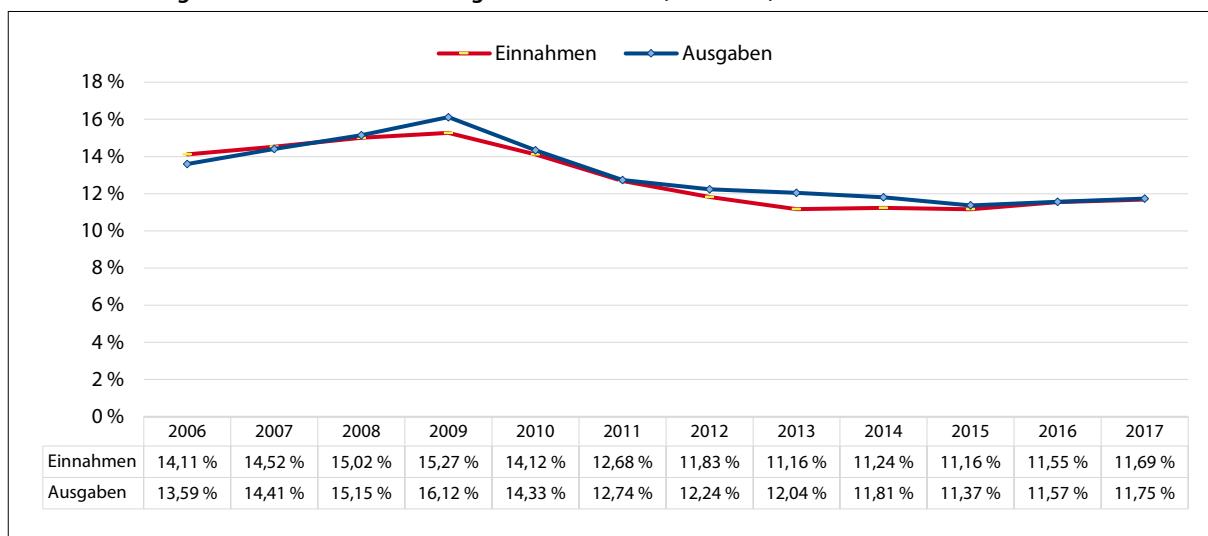


Quelle: Eigene Berechnungen der Autoren basierend auf Daten des Finanzministeriums und der Statistikagentur Rosstat

Tabelle 1: Föderale Transfers an die Regionen 2008–2017 und aktuelle Haushaltspläne 2018–2021 (% des BIP)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Dotationen: Ausgleich der Budget-Ver- sorgung	0,80%	0,96%	0,86%	0,66%	0,58%	0,57%	0,56%	0,58%	0,60%	0,67%	0,71%	0,67%	0,64%	0,63%
Dotationen: Budget-Balance	0,11%	0,49%	0,23%	0,26%	0,17%	0,24%	0,42%	0,18%	0,15%	0,12%	0,11%	0,11%	0,10%	0,10%
Andere Dotatio- nen	0,04%	0,03%	0,04%	0,02%	0,01%	0,02%	0,00%	0,01%	0,01%	0,03%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Subventionen	1,06%	1,37%	0,89%	0,80%	0,84%	0,71%	0,52%	0,48%	0,41%	0,30%	0,39%	0,42%	0,39%	0,23%
Erstattung: Ausgaben für föderaler Auf- gaben	0,37%	0,73%	0,82%	0,56%	0,42%	0,37%	0,39%	0,40%	0,39%	0,35%	0,31%	0,35%	0,35%	0,33%
Andere Transfers	0,28%	0,23%	0,14%	0,11%	0,09%	0,12%	0,14%	0,26%	0,26%	0,20%	0,18%	0,13%	0,09%	0,11%

Quelle: Eigene Berechnungen der Autoren basierend auf Daten des Finanzministeriums und der Statistikagentur Rosstat

Grafik 2: Regionale Einnahmen und Ausgaben 2006–2017 (% des BIP)


Quelle: Eigene Berechnungen der Autoren basierend auf Daten des Finanzministeriums und der Statistikagentur Rosstat

Stichwahlen in den Regionen Primorje, Chakassien, Chabarowsk und Wladimir 2018 – eine Chronik

Am 9. September 2018 fanden im Rahmen des Einheitlichen Wahltags 22 direkte Gouverneurswahlen in verschiedenen Regionen der Russischen Föderation statt. In vier Regionen musste zum ersten Mal seit 2015 in einer zweiten Runde gewählt werden. Die Stichwahlen sorgten für viel Medienaufmerksamkeit. Eine kurze Chronik mit den wichtigsten Ereignissen und Wahlergebnissen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

9. September

Am Einheitlichen Wahltag konnte keiner der zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten in der ersten Runde der Gouverneurswahlen in den vier Regionen Primorje, Chakassien, Chabarowsk und Wladimir 50 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

In Primorje erhielt der kommissarische Gouverneur Andrej Tarasenko (»Einiges Russland«) 46,56 % der Stimmen. Für den KPRF-Kandidaten Andrej Ischtschenko stimmten 24,64 % der Wählerinnen und Wähler.

Im Gebiet Wladimir erhielt die amtierende Gouverneurin Swetlana Orlowa (»Einiges Russland«) 36,5 % der Stimmen; ihr Konkurrent von der LDPR Wladimir Sipjagin – 31,3 %.

In der Region Chabarowsk konnte der amtierende Gouverneur Wjatscheslaw Schport (»Einiges Russland«) nur 35,62 % der Stimmen auf sich vereinigen; der LDPR-Kandidat Sergej Furgal erhielt dagegen 35,81 % der Wählerstimmen.

In Chakassien verlor der amtierende Gouverneur Wiktor Simin (»Einiges Russland«) mit 32,4 % gegen den KPRF-Kandidaten Walentin Konowalow, der 44,8 % der Stimmen erhielt.

16. September

In Primorje fand eine Stichwahl statt. Nach der Auszählung von ca. 95 % der Wahlzettel hatte der Kommunist Ischtschenko einen sechsprozentigen Vorsprung zum kommissarischen Gouverneur Tarasenko. Nach Auszählung aller Stimmzettel lag Tarasenko bei 49,55 % und Ischtschenko bei 48,06 %. Wahlfälschungsvorwürfen wurden laut und es kam zu Straßenprotesten. Die Zentrale Wahlkommission empfahl der regionalen Wahlkommission, die Gouverneurswahl für ungültig zu erklären.

21. September

Chakassiens amtierender Gouverneur Simin, der in der ersten Wahlrunde eine Niederlage erlitt, zog seine Kandidatur zurück. Die Stichwahl wurde auf den 7. Oktober verschoben. Gegen den Kommunisten Konowalow sollte Andrej Filjagin (»Gerechtes Russland«) antreten, der in der ersten Runde 11,23 % der Stimmen erhielt. Am 2. Oktober zog auch Filjagin seine Kandidatur zurück. Die Zentrale Wahlkommission annoncierte, dass die Abstimmung am 21. Oktober stattfinden könnte. Gegen Konowalow soll nun Alexander Mjakhar (»Partei des Wachstums«) antreten, der am 9. September 5 % der Stimmen erhielt.

23. September

Im Gebiet Wladimir erhielt der Kandidat der Partei LDPR, Wladimir Sipjagin, 57,03 % der Stimmen. Für die amtierende Gouverneurin Swetlana Orlowa stimmten 37,46 % der Wählerinnen und Wähler. Die Wahlbeteiligung lag bei 38,29 %. Orlowa akzeptierte das Wahlergebnis. Die Zentrale Wahlkommission meldete, dass es bei der Wahl zu keinen gravierenden Unregelmäßigkeiten kam.

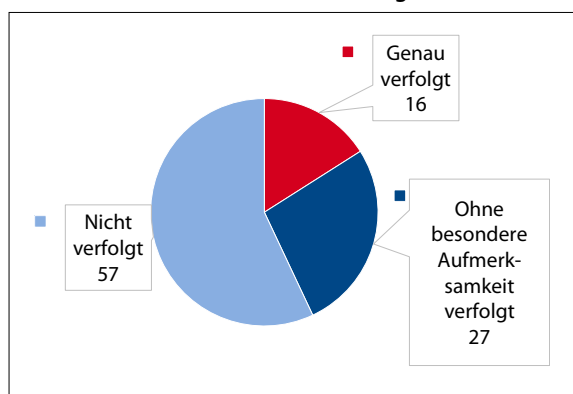
In der Region Chabarowsk erhielt der LDPR-Kandidat Sergej Furgal 69,6 % der Stimmen. Der amtierende Gouverneur Wjatscheslaw Schport dagegen 28 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 47 %. Schport akzeptierte das Wahlergebnis.

Quellen: <<https://www.kommersant.ru/doc/3751254>>, <<https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2018/09/23/781643-vtorieturi-viborov>>, <<https://www.dw.com/de/russland-wahl%C3%A4lschung-in-wladiwostok/a-45529664>>, <https://meduza.io/news/2018/10/02/odin-iz-dvuh-kandidatov-v-gubernatory-hakasii-snyalsya-s-vyborov?utm_source=email&utm_medium=vecherka&utm_campaign=2018-10-02>

UMFRAGE

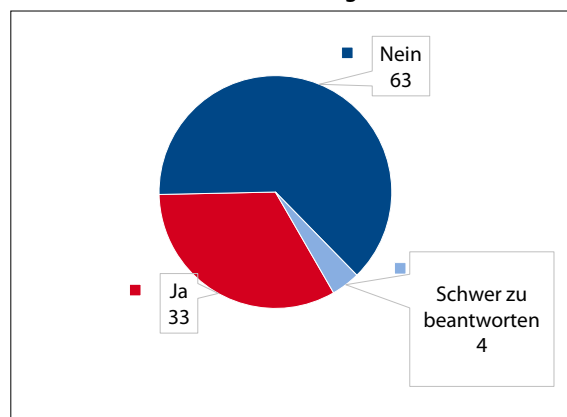
Der Einheitliche Wahltag

Grafik 1: Am 9. September fand in Russland der Einheitliche Wahltag statt. Inwieweit haben Sie diesen verfolgt? (%)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–26. September 2018, <<https://www.levada.ru/2018/10/01/edinyj-den-golosovaniya-2/>>, veröffentlicht am 1. Oktober 2018

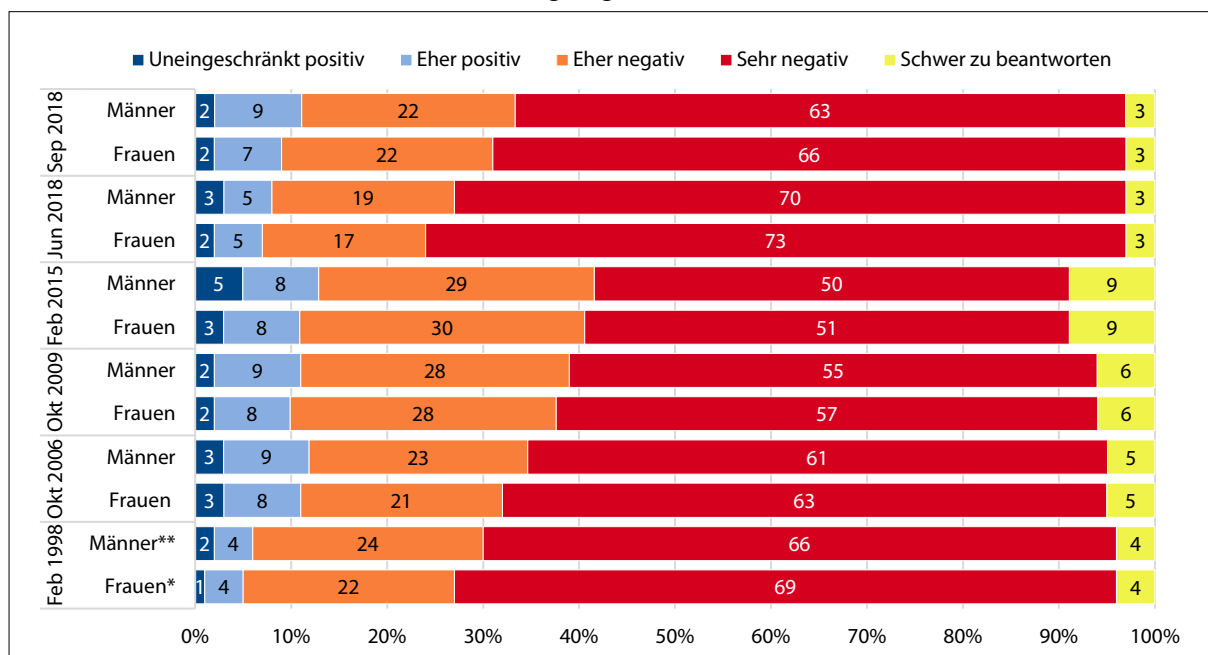
Grafik 2: Hatte die Ankündigung der Erhöhung des Renteneintrittsalters Auswirkungen auf Ihre Entscheidung an den Wahlen teilzunehmen? (% derjenigen, die angaben, an den Wahlen teilgenommen zu haben)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–26. September 2018, <<https://www.levada.ru/2018/10/01/edinyj-den-golosovaniya-2/>>, veröffentlicht am 1. Oktober 2018

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters

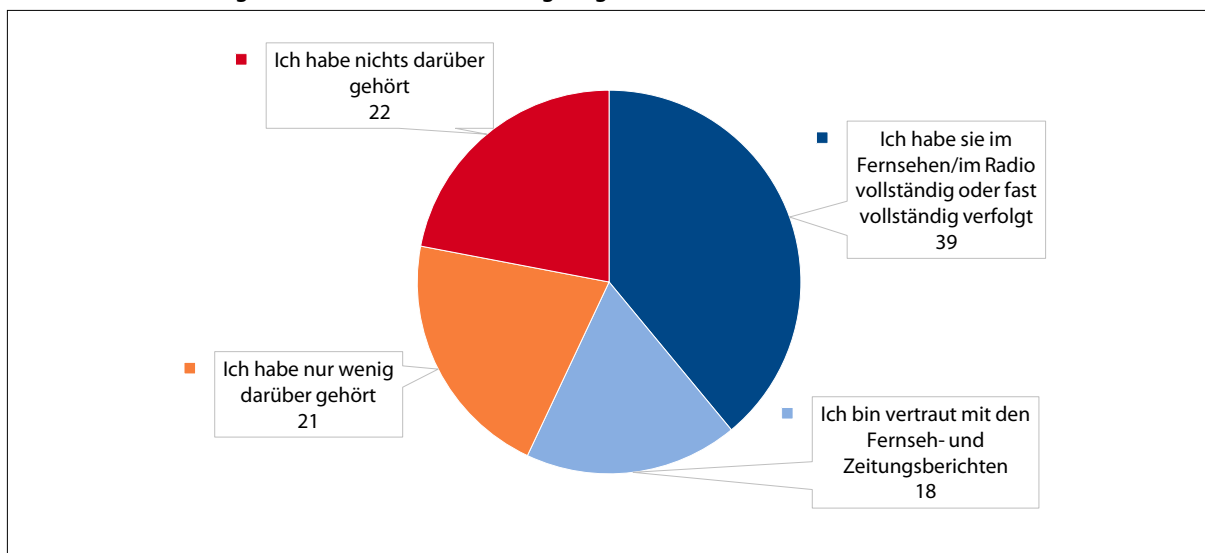
Grafik 1: Wie stehen Sie zur gesetzlichen Anhebung des Renteneintrittsalters für Frauen auf 60 und für Männer auf 65 Jahre? (%; eine Antwortnennung möglich)



* Einstellung zur Anhebung des Renteneintrittsalters für Frauen; ** Einstellung zur Anhebung des Renteneintrittsalters für Männer

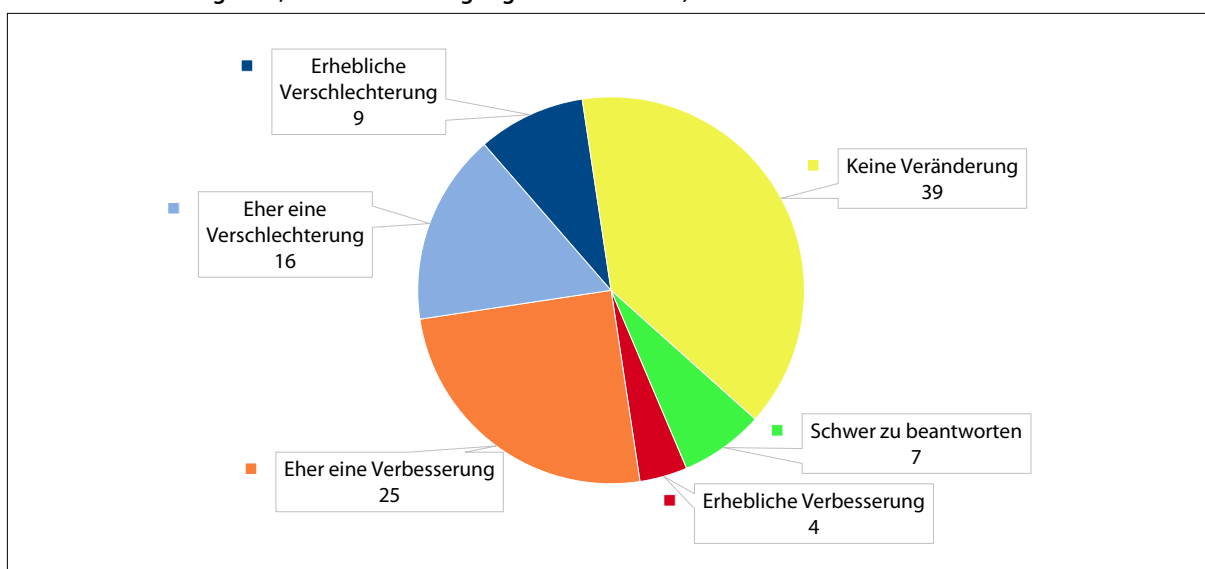
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–26. September 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/27/pensionnaya-reforma-4/>>, veröffentlicht am 27. September 2018

Grafik 2: Kennen Sie die Rede Wladimir Putins vom 29. August, in welcher er eine Korrektur der Rentenreform ankündigte? (%; eine Antwortnennung möglich)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–26. September 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/27/pensionnaya-reforma-4/>>, veröffentlicht am 27. September 2018

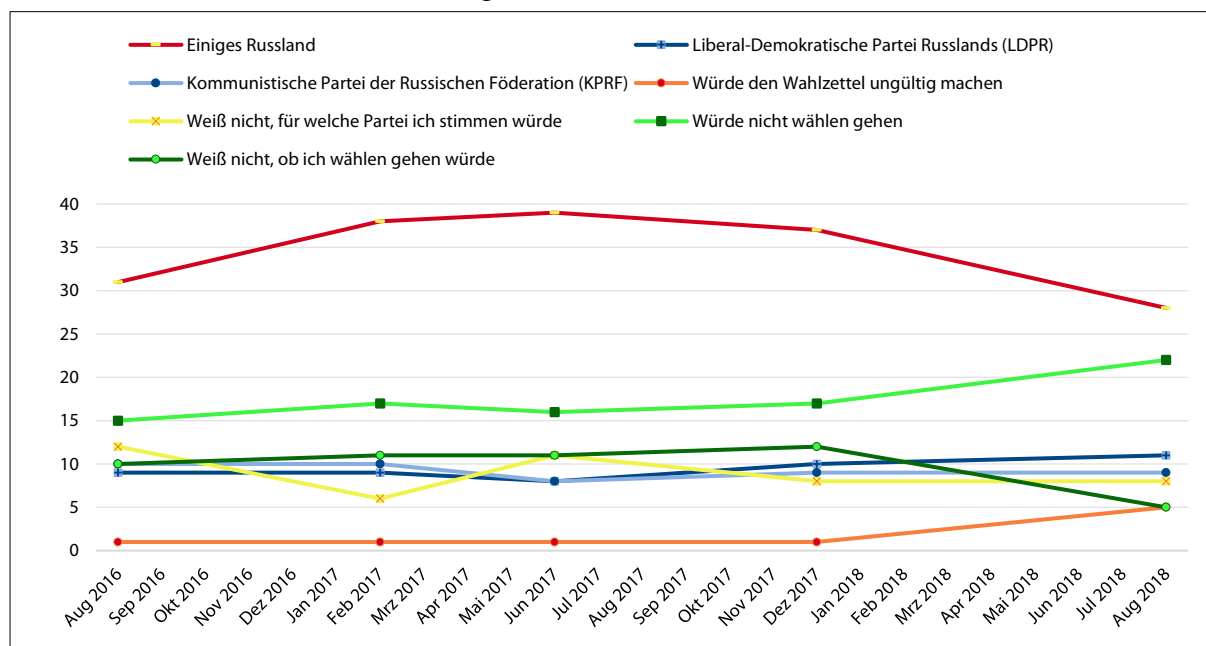
Grafik 3: Wie bewerten Sie die von Wladimir Putin angekündigte Korrektur der Rentenreform? (% derjenigen, die angaben, mit der Ankündigung vertraut zu sein)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–26. September 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/27/pensionnaya-reforma-4/>>, veröffentlicht am 27. September 2018

Sonntagsfrage zur Duma-Wahl

Grafik 1: Wenn am kommenden Sonntag Duma-Wahlen wären, würden Sie wählen gehen? Wenn ja, für welche Partei würden Sie stimmen – oder würden Sie den Wahlzettel ungültig machen? (nur Parteien, die im August 2018 7% oder mehr der Stimmen erreichen würden sowie die Antworten »Würde den Wahlzettel ungültig machen«, »Weiß nicht, für welche Partei ich stimmen würde«, »Würde nicht wählen gehen« und »Weiß nicht, ob ich wählen gehen würde«)



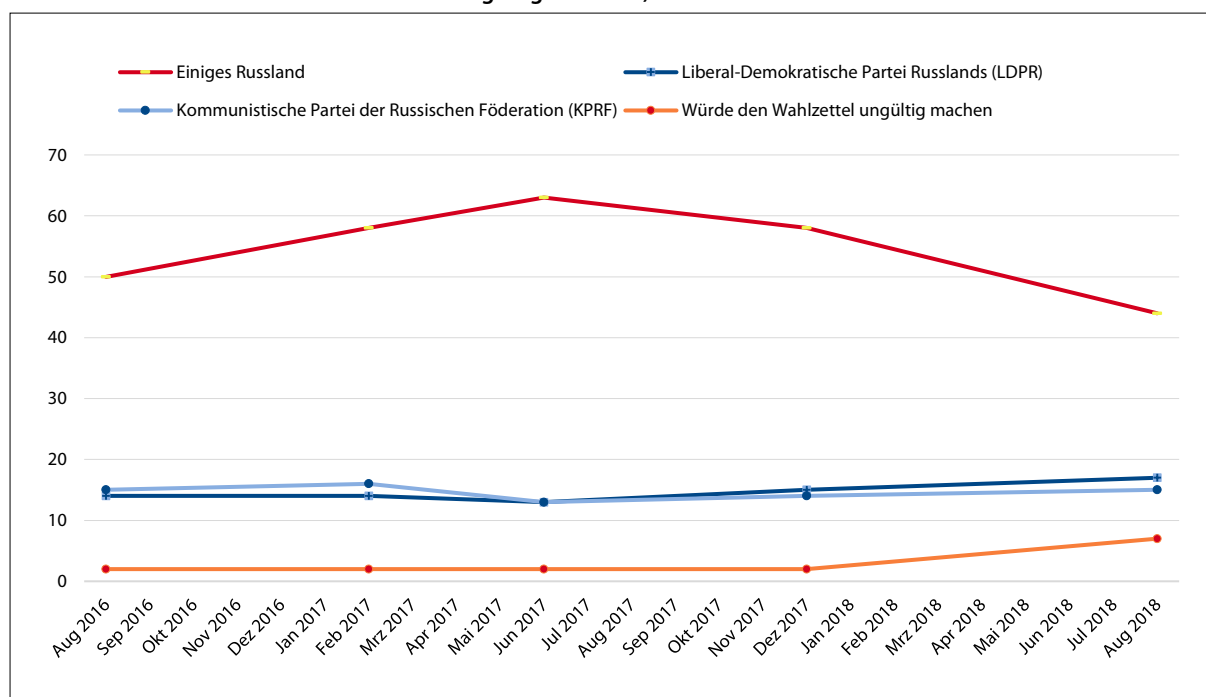
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–30. August 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/17/partijnye-rejtingi/>>, veröffentlicht am 17. September 2018

Tabelle 1: Wenn am kommenden Sonntag Duma-Wahlen wären, würden Sie wählen gehen? Wenn ja, für welche Partei würden Sie stimmen – oder würden Sie den Wahlzettel ungültig machen?

	August 2016	Februar 2017	Juni 2017	Dezember 2017	August 2018
»Rodina«	1	<1	1	1	1
Kommunisten Russlands	1	<1	<1	<1	2
Die russische Partei der Pensionäre für soziale Gerechtigkeit	1	<1	1	1	1
Einiges Russland	31	38	39	37	28
Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)	9	9	8	10	11
Partei der Volksfreiheit (PARNAS)	1	<1	1	<1	1
Russische Demokratische Partei Jabloko	1	1	1	1	1
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	10	10	8	9	9
Gerechtes Russland	5	4	2	3	3
Eine andere Partei	2	1	2	2	3
Würde den Wahlzettel ungültig machen	1	1	1	1	5
Weiß nicht, für welche Partei ich stimmen würde	12	6	11	8	8
Würde nicht wählen gehen	15	17	16	17	22
Weiß nicht, ob ich wählen gehen würde	10	11	11	12	5

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–30. August 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/17/partijnye-rejtingi/>>, veröffentlicht am 17. September 2018

Grafik 2: Wenn am kommenden Sonntag Duma-Wahlen wären, würden Sie wählen gehen? Wenn ja, für welche Partei würden Sie stimmen – oder würden Sie den Wahlzettel ungültig machen? (% derjenigen, die wählen gehen würden, wissen, welche Partei sie wählen würden, oder den Wahlzettel ungültig machen würden) (nur Parteien, die im August 2018 7% oder mehr der Stimmen erreichen würden sowie die Antwort »Würde den Wahlzettel ungültig machen«)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–30. August 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/17/partijnye-rejtingi/>>, veröffentlicht am 17. September 2018

Tabelle 2: Wenn am kommenden Sonntag Duma-Wahlen wären, würden Sie wählen gehen? Wenn ja, für welche Partei würden Sie stimmen – oder würden Sie den Wahlzettel ungültig machen?

	August 2016	Februar 2017	Juni 2017	Dezember 2017	August 2018
»Rodina«	1	<1	1	1	2
Kommunisten Russlands	2	<1	<1	<1	4
Die russische Partei der Pensionäre für soziale Gerechtigkeit	2	1	1	1	1
Einiges Russland	50	58	63	58	44
Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)	14	14	13	15	17
Partei der Volksfreiheit (PARNAS)	2	1	1	1	1
Russische Demokratische Partei Jabloko	1	1	1	1	2
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	15	16	13	14	15
Gerechtes Russland	9	6	3	4	5
Eine andere Partei	2	1	3	3	4
Würde den Wahlzettel ungültig machen	2	2	2	2	7

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–30. August 2018, <<https://www.levada.ru/2018/09/17/partijnye-rejtingi/>>, veröffentlicht am 17. September 2018

Russland – kein Sommermärchen

Jens Siegert (Moskau)

Vor knapp zehn Jahren, Dmitrij Medwedew war Präsident unter Wladimir Putin, nahm ich an einer interessanten Übung teil. Etwa 30 Expertinnen und Experten aus Russland, der EU und den USA diskutierten auf Anregung des Moskauer Carnegie Zentrums ein Jahr lang über russische Entwicklungsszenarien. Zum Schluss blieben drei wahrscheinliche Varianten übrig: ein *positives Szenarium*, dass zu einer schrittweisen Demokratisierung des Landes mit einer vorsichtig-westlichen Ausrichtung führen würde; ein *Trägheitsszenarium*, in dem sich das Land weiter so durchwurschelte (und auch Richtungsentscheidungen eher situativ gefällt würden); und ein Szenarium, das wir ein wenig selbstironisch *Stalin light* nannten, in dem das Land Stück für Stück in eine Diktatur abrutschte, ohne aber zu Massenrepressionen zu greifen. Die Demokratisierung schien uns schon damals am Unwahrscheinlichsten. An *Stalin light* wollten die meisten von uns auch nicht so recht glauben. blieb also das Trägheitsszenarium, wenn auch mit einem kleinen Minus versehen, also der Möglichkeit, sich bei den nächsten Machtkrisen recht schnell in Richtung *Stalin light* entwickeln zu können.

Lange mussten wir nicht warten. Im Winter 2011/2012 wurde die Herrschaft von Wladimir Putin auf den Moskauer und St. Petersburger Straßen herausgefordert. Was folgte, war eine weitere massive Einschränkung demokratischer Beteiligungs- und fundamentaler Freiheitsrechte, verbunden mit einer Rückkehr umfassender, wenn auch nicht massenhafter politischer Repressionen. 2014 dann geschah als nächster Schritt die Krimannexion und der Krieg in der Ostukraine begann. Die russische Führung wandte sich nun auch demonstrativ vom *Westen* (den es damals als *Westen* ja noch weit mehr gab als heute) ab. Putin hatte sich nach einer Schwächephase und einer Krise seiner bisherigen Herrschaftspraktiken neu erfunden und schien, trotz zahlreicher, vor allem wirtschaftlicher und sozialer Probleme ungefährdeter denn je. Es kam die ungefährdete Wiederwahl in diesem Frühjahr (bei allen Einschränkungen in der kontrollierten russischen Öffentlichkeit von einer *Wahl* zu sprechen ist heikel) und es zeigte sich, dass die Frage, wie es nun nach Putin weitergehen werde, selbstverständlich nur aufgeschoben, aber niemals aufgehoben werden kann. Das ist halt der Preis für personale Herrschaft und fehlende oder dysfunktionale politische Institutionen.

Trotz äußerer Kontinuität also wurde im Frühjahr erneut darüber diskutiert, ob die kommenden Jahre

eine Zeit des Übergangs, der Reform oder verschärfter Repression werden würden. Die Wiederernennung von Dmitrij Medwedew als Premierminister gab einen ersten Hinweis auf einen erneuten Sieg der *Trägheit*. Diese Trägheit korrespondiert stark mit dem in der Bevölkerung weit verbreiteten Bedürfnis nach Stabilität. Doch Trägheit, das wissen alle zumindest seit die Breschnewische *Zeit der Stagnation* zum Ende der Sowjetunion geführt hat, suggeriert diese Stabilität mitunter nur oder kann dieses Versprechen zumindest nur zeitweise halten. Stabilität in politischen Systemen wird eben, wie beim Fahrrad, eher durch Bewegung und Beweglichkeit erzeugt.

Nach der erneuten Ernennung Medwedews kam dann die Fußballweltmeisterschaft über das Land. Und mit ihr ein PR-Hauch von Öffnung. Die WM sah, auch Dank des unerwartet guten Abschneidens der russischen Mannschaft, fast wie ein *Sommermärchen* aus. Die Stimmung war freundlich, fast fröhlich und vor allem fehlte jene mal latente, mal offene Aggressivität nach innen wie nach außen, die die russische Öffentlichkeit in letzter Zeit so häufig auszeichnet. Aber das war nur die Oberfläche. Darunter gingen die Repressionen munter weiter. Hier nur eine kleine, unvollständige Aufzählung:

- Der seit über 140 Tagen hungerstreikende ukrainische Regisseur *Oleg Sensow* wird voraussichtlich im russischen Gefängnis sterben. Die Möglichkeit, ihn unter dem humanitären Deckmantel der Fußballweltmeisterschaft gesichtswahrend zu begnadigen, hat Putin nicht genutzt (*Anm. d. Red.: Der vorliegende Text wurde geschrieben, bevor bekannt wurde, dass Sensow am 5. Oktober seinen Hungerstreik beendet hat*).
- Die Hatz auf angebliche »Spione« geht weiter. Im Sommer wurden die Top-Managerin *Karina Zurkan* und der 74-jährige Wissenschaftler *Wiktor Kudrjawzew* unter diesem Vorwurf festgenommen.
- Der Prozess gegen den Vorsitzenden von Memorial Karelien *Jurij Dmitrijew* wegen angeblicher Kinderpornographie wurde, trotz eines gegenteiligen höhergerichtlichen Urteils, wiederaufgenommen. *Dmitrijew* sitzt inzwischen erneut in Untersuchungshaft und wird nun von der Staatsanwaltschaft zusätzlich des Kindesmissbrauchs beschuldigt. Am 2. Oktober wurde ein zweiter Historiker in Karelien, der Direktor des Stadtmuseums von Medweschjegorsk *Sergej Koltyrin*, wegen angeblicher Pädophilie festgenommen. Bei Medweschjegorsk in Sandarmoch befindet

sich eines der größten Massengräber der Region aus der Zeit des Großen Terrors 1937–1938. Die Erinnerungsstätte untersteht dem Museum.

- In Tschetschenien geht der Prozess gegen den dortigen Memorial-Vorsitzenden *Ojub Titijew* wegen angeblichen Rauschgiftbesitzes weiter.
- In Moskau wurde einer der renommiertesten privaten Hochschulen des Landes, der nach ihrem Gründer *Teodor Schanin* sogenannten *Schaninka* die Lizenz entzogen. (Dass die Europäische Universität in St. Petersburg, die nach einem Lizenzentzug vor zwei Jahren nun wieder ihre Arbeit aufnehmen darf, dürfte nur die Ausnahme sein, die die Regel bestätigt.)
- Im September wurde der Pussy-Riot-Aktivist *Pjotr Wersilow* mit starken Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert. Er wird nun, wieder außer Lebensgefahr, in Deutschland ärztlich behandelt.

Doch damit nicht genug. Eine ganze Reihe anderer Skandale und politischer Probleme hat dazu geführt, dass es in Russland dieses Jahr keine richtige Politik-Sommerpause gab (auch wenn Putin sich zusammen mit Verteidigungsminister *Schoigu* und Geheimdienst-Chef *Bortnikow* in der sibirischen Taiga beim Abenteuerurlaub ablichten ließ).

Besonders bizarr waren im Sommer zwei Medienauftritte: Zum einen der Internetauftritt von *Wiktor Solotow*, der als Oberkommandierender der Nationalgarde seit zwei Jahren zu den machtpolitischen Schwergewichten in Russland gehört. Zum anderen das Interview der RT-Chefredakteurin *Margarita Simonjan* mit den beiden mutmaßlichen Skripal-Attentätern.

Wiktor Solotow hat sich für seinen Posten als Nationalgardenkommmandeur als Chef der Präsidentenleibwache qualifiziert. Von 2000 bis 2013 hat er Wladimir Putin buchstäblich den Rücken freigehalten. Geschadet hat bei der Beförderung sicher auch nicht, dass er zu Sowjetzeiten Karriere im KGB gemacht hatte. Dieser *Solotow* nun, der mit der Nationalgarde über eine mit 340.000 Kämpfern gar nicht so kleine Armee im Inneren Russlands verfügt, fühlte sich von *Alexej Nawalnyj* beleidigt. Ende August hatte Nawalnyjs *Stiftung zum Kampf gegen Korruption* Solotow beschuldigt, sich über Verwandte durch überhöhte Preise für die Ernährung seiner Nationalgardisten zu bereichern.

Solotow brauchte knapp vier Wochen für eine Antwort, die dafür aber umso pittoresker ausfiel. In einem Video, veröffentlicht auf der Website der Nationalgarde, beschimpft er Nawalnyj als *ehrlos* und *feige*, um ihn dann zu einem Duell zu fordern, bei dem er ihn zu einem »saftigen Kotelett« verarbeiten werde (<https://www.rbc.ru/society/11/09/2018/5b9781dc9a794753a65b413e?from=main>). Dies

alles geschah so amateurhaft und linkisch, dass sich sogar die Presseabteilung der Nationalgarde bemüht fühlte zu erklären, dass dieses Video ohne ihre Beteiligung zustande gekommen sei. Das ganze Land rätselte, was einen (vordergründig) so mächtigen Mann dazu gebracht haben kann, einem bekannten Oppositionellen wie ein Straßenrowdy Prügel anzudrohen, zumal Nawalnyj zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis eine 30-tägige Administrationshaft wegen Aufrufs zu einer nicht genehmigten Demonstration absaß. Es ist schwer, sich dem Eindruck zu entziehen, dass es sich dabei um einen der seltenen direkten Einblicke in die ganz besondere Männerwelt der russischen Sicherheitsorgane handelt, wie ich sie in diesen Notizen vor einigen Jahren unter dem Titel *Gopniki* beschrieben habe (<http://russland.boellblog.org/2014/06/19/gopniki/>); sieh auch Russland-Analysen 279 vom 20.06.2014, S. 24–25, (<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen279.pdf>).

Nun zu Skripal. Oder besser zu seinen mutmaßlichen Mördern. Die russische Reaktion auf die Ergebnisse der britischen Behörden, dass es sich dabei um zwei russische Staatsbürger handelt, die unter wahrscheinlich falschen Namen nach Großbritannien eingereist waren, war zunächst voraussagbar: »Das waren wir nicht!« Doch schon als sich Putin persönlich einschaltete, wurde klar, dass es diesmal etwas anders, wenn man so will, *größer* werden würde. Putin sagte sinngemäß, man habe die beiden Männer ausfindig gemacht und sie seien harmlose Touristen. Ihre Harmlosigkeiten sollten sie dann wohl in einem Interview mit dem russischen Staatssender *RT* beweisen. Dieses Interview ist in seiner ganzen Absurdheit schon jetzt legendär. Niemand, auch nicht in Russland, hat es ernst genommen. Das dürfte auch daran liegen, dass kaum jemand im Land daran zweifelt, dass es sich bei den beiden Männern tatsächlich um Geheimdienstmitarbeiter handelt. Die Reaktionen schwankten zwischen Entsetzen, wie amateurhaft russische Geheimdienste offenbar heute sein können, bis dazu (und das scheint mir die Mehrheitsmeinung zu sein), dass das ganze bewusst so inszeniert worden ist. Dann wäre die Message Richtung Westen: »*Seht her, wir können es uns leisten bei Euch zu Hause mit Giftgas anzugreifen und ihr könnt uns gar nichts.*«

All die hier geschilderten Vorkommnisse wurden aber durch die Diskussion über eine Rentenreform überwölbt. Die ersten konkreten Pläne dafür wurden von der Regierung am ersten Tag der Fußballweltmeisterschaft veröffentlicht. Demnach sollte das Rentenalter – Russland hat ein ähnliches demographisches Problem wie zum Beispiel Deutschland – für Männer von 60 auf 65 Jahre, das von Frauen gar von 55 auf 63 Jahre heraufgesetzt werden. Umfragen in den vergangenen Jahren

hatten immer wieder ergeben, dass derartige Reformen von stabil mehr als 80 Prozent der russischen Bevölkerung abgelehnt werden (weshalb sich die Regierung auch bisher nicht so recht daran getraut hatte). Sollte die Regierung gehofft haben, dass die WM diese Empörung zumindest ein wenig überdecken oder mindern helfen würde, so sah sie sich getäuscht. Eine Protestwelle erfasste das Land, befeuert von Nawalnyj, der außerparlamentarischen Opposition, aber auch den sogenannten systemischen Oppositionsparteien im Parlament. Rasch bildeten sich zahlreiche Initiativgruppen für Referenden gegen die Reform.

Die öffentliche Empörung nahm nicht ab und so trat Putin persönlich mit einer Ansprache vor die Fernsehkameras, in der er sich vorsichtig von den Regierungsplänen distanzierte. Flugs wurden zahlreiche Ausnahmen von der Erhöhung des Renteneintrittsalters diskutiert und eine Übergangszeit für diejenigen beschlossen, die in den kommenden Jahren ins Rentenalter kommen. Außerdem können nun diejenigen Arbeitgeber strafrechtlich belangt werden, die Menschen im Vorrentenalter entlassen. Doch all diese Nachbesserungen halfen nicht, die Reform populärer zu machen. Umgekehrt verstärkten einige dieser Nachbesserungen das verbreitete Gefühl der Ungerechtigkeit sogar, weil die Ausnahmen vor allem für Mitarbeiter der Sicherheitsorgane und Staatsangestellte gelten. Die Rentenreform ist inzwischen durch Putins Unterschrift diese Woche Gesetz.

Wie stark die politische Unzufriedenheit mit den Regierenden in den vergangenen Monaten gewachsen ist, zeigte ausgerechnet wieder ein Instrument, das der Kreml im Griff zu haben schien, die Gouverneurswahlen. Nach den letzten großen Protesten 2011/2012 wieder eingeführt, sollen sie streng unter zentraler Moskauer Kontrolle, ein Element von Demokratie vorspiegeln. Die Vorauswahl der Kandidaten wird in Moskau vom Kreml (und meist von der Kremlpartei *Einiges Russland*) getroffen und als Gegenkandidaten werden fast ausschließlich Vertreter der Systemopposition zugelassen. Ein Kommunist, ein Nationalist der Schirinowskij-Partei LDPR und ein verkleideter Sozialdemokrat vom *Gerechten Russland*, dazu jede Menge chancenloser Auffüllkandidaten täuschen eine Auswahl vor, die die Siege der Kremlkandidaten legitimieren soll. Zudem werden seit einigen Jahren alle Regionalwahlen am Einheitlichen Wahltag Anfang September zusammengefasst, wenn das Land noch nicht so recht aus dem Sommerurlaub erwacht ist, vor allem aber der sogenannte Wahlkampf in der Ferienzeit stattfindet. Das spart Ressourcen und garantiert praktisch den Sieg der (aus Kremlsicht) *richtigen* Kandidaten.

In diesem Jahr kam es, fast schon *Déjà-vu-artig* unerwartet für Kreml und Opposition (und zwar jegli-

che) anders. In vier Gebieten, im *Fernen Osten bei Wladiwostok* und im Gebiet *Chabarowsk*, im sibirischen *Chakassien* und im 200 Kilometer östlich von Moskau gelegenen Wladimir konnten die Kremlkandidaten in der ersten Runde nicht gewinnen. Peinlicher noch: In Wladiwostok gerieten panische Last-Minute-Fälschungen so dilettantisch, dass selbst die einschlägig bekannte Zentrale Wahlkommission das nicht durchgehen lassen konnte und Neuwahlen anordnete. Neuwahlen gibt es auch in *Chakassien*, wo der Kremlkandidat nach dem ersten Wahlgang seine Kandidatur zurückzog. In *Chabarowsk* und *Wladimir* gewannen im zweiten Wahlgang die Kandidaten der nationalistischen LDPR. Umfragen zeigten aber in all diesen Gebieten, dass es vielen Wählern und Wählerinnen vor allem darum ging, gegen die Kremlkandidaten zu stimmen. Die Rentenreform spielte bei dieser Protestwahl eine wichtige, aber nicht die alleinige Rolle. Die Ergebnisse drücken ein sich immer weiter verbreitendes Unbehagen in der Bevölkerung aus, das sich etwa so beschreiben ließe: »*Es ist gut und in Ordnung, dass Putin uns, Russland, in der Welt wieder angesehen und gefürchtet gemacht hat. Nun ist es aber an der Zeit, sich mal um die Probleme im Land zu kümmern.*«

Lange Zeit haben die (tatsächlichen oder durch die Propaganda eingebildeten) außenpolitischen Erfolge Putins und das Narrativ von der *belagerten Festung Russland* die Probleme im Inneren verdeckt. Doch dieser Effekt scheint nun nicht mehr ausreichend zu tragen. Dabei mag auch eine Rolle zu spielen, dass Putin Innenpolitik ganz offensichtlich nicht mehr wirklich interessiert. Er hat im Inneren den Zenit seiner Macht erreicht. *Geschichte* kann er nur noch international machen.

Insbesondere die augenscheinliche Wirkungslosigkeit der persönlichen Intervention von Putin dürfte den Kreml-Strategen Sorgen bereiten. Bisher war es so, dass Putin fast alles, das er anfasste, im übertragenen Sinn *zu Gold machen* konnte. Bei der Rentenreform dagegen scheint sich erstmals seit Vor-Krim-Zeiten politischer Unmut in der Bevölkerung auch negativ auf Putin auszuwirken. Jedenfalls fallen seit dem Frühsommer nicht nur die Zustimmungszahlen für die Regierung, sondern auch die von Putin selbst. Sein Rating ist fast wieder auf dem (für ihn niedrigen) Vor-Krim-Niveau angelangt. Auch außenpolitische Erfolge oder zumindest äußere Feinde scheinen nicht mehr zu tragen. Der Krieg in Syrien ist trotz aller Erfolgsmeldungen weiter unpopulär. In Umfragen zeigen sich auch immer mehr Menschen müde von der Konfrontation mit dem Westen. Die Zahl derjenigen, die gute oder zumindest bessere Beziehungen zu den USA und der EU wünschen, ist ebenfalls fast wieder auf Vor-Krim-Niveau angelangt.

Kurz zusammengefasst: Die Ressource Krim hat sich aufgebraucht.

Offenbar gilt das Diktum des damaligen Leiters der Präsidentenadministration *Wjatscheslaw Wolodin* vom Herbst 2015 nicht mehr, dass es *Putin Russland* sei und es *ohne Putin kein Russland* mehr gebe. In Kommentaren wird dieses Phänomen öfter als das Ende von *Putins Unsterblichkeit* bezeichnet. Ob das nur vorübergehend so ist, wird sich zeigen. Es wird aber immer deutlicher,

dass Putin erneut, wie schon 2011, an einem Wendepunkt angelangt zu sein scheint. Das aktuelle Modell zur Legitimierung und Stabilisierung seiner Herrschaft hat sich ausgelebt und er wird sich neu erfinden müssen. Im Sommer 2013 habe ich seine Fähigkeit dazu hier in diesen Notizen bezweifelt (<http://russland.boellblog.org/2013/08/04/putin-viagra-und-der-hecht/>), um Unrecht zu behalten. Wie es diesmal ausgehen wird, werden wir sehen.

Dieser Beitrag von Jens Siegert erschien in seinem Blog (russland.boellblog.org/). Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und bemüht sich seit zwei Jahren im Auftrag der EU Public Diplomacy zu fördern.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, weiterhin Beiträge von Jens Siegert veröffentlichen zu dürfen und dankt für die Erlaubnis zum Abdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

17. – 25. September 2018

17.09.2018	Oleg Ossipow wird neuer Sprecher von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew. Ossipow, der bis vor kurzem stellvertretender Chefredakteur des russischen Auslandssenders »Russia Today« war, löst Natalija Timakowa ab, die zur »Wneshekonombank« wechselt. Mit dem Posten als Sprecher des Ministerpräsidenten wird Ossipow gleichzeitig dessen Stellvertreter.
18.09.2018	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass die Anzahl der Menschen, die mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum leben, sich im ersten Halbjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,1 Millionen verringert habe und nun bei 20 Millionen liege. Damit liegt die Armutsquote in Russland bei 13,6%. Die Armutsgrenze lag im ersten Halbjahr 2018 bei einem monatlichen Einkommen von 10.444 Rubel (etwa 130 Euro).
18.09.2018	Vor der syrischen Mittelmeerküste wird ein russisches Militärflugzeug vom Typ »Il-20« mit 15 Menschen an Bord von der syrischen Luftabwehr abgeschossen. Alle Insassen sterben. Das russische Verteidigungsministerium macht zunächst Israel für den Abschuss verantwortlich. Die israelische Luftwaffe solle das russische Flugzeug bei nächtlichen Luftangriffen auf Syrien als Deckung genutzt haben. Nachdem die israelische Regierung die Vorwürfe scharf zurückweist, beschwichtigt der russische Präsident Wladimir Putin jedoch, der Vorfall müsse erst einmal genau untersucht werden.
20.09.2018	Die Wahlkommission der Region Primorje erklärt die Gouverneurs-Stichwahl aufgrund der festgestellten Unregelmäßigkeiten für ungültig. Die Gouverneurswahl wird in drei Monaten wiederholt.
20.09.2018	Die Welt-Antidoping-Agentur (WADA) nimmt die russische Antidoping-Agentur (RUSADA) wieder auf. RUSADA war vor drei Jahren von der WADA gesperrt worden, nachdem bekannt geworden war, dass Doping in großem Maßstab vom russischen Staat gedeckt wurde. Bedingung für die Wiederaufnahme ist, dass RUSADA der WADA Zugang zu ihren Labors und den vorhandenen Proben gewähren muss. Die Entscheidung wird weltweit scharf kritisiert.
22.09.2018	Wiktor Simin, Präsident der russischen Teilrepublik Chakassien und Mitglied der Regierungspartei »Jedinaja Rossija« (dt. »Einiges Russland«), kündigt seinen Rücktritt an. Grund hierfür sei die massive Kritik an seiner Person im Vorfeld der Präsidentschaftswahl in der Teilrepublik, die am 9. September stattfand. An der Stichwahl am 23. September sollten Simin und sein Herausforderer Walentin Konowalow, der Kandidat der Kommunistischen Partei, teilnehmen. Die Stichwahl wird mit dem Rücktritt Simins auf den 7. Oktober verschoben. Nachrücker ist Andrej Filjagin, Kandidat der Partei »Sprawedliwaja Rossija« (dt. »Gerechtes Russland«).
22.09.2018	Erneut finden landesweit Proteste gegen die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters statt. An der in Moskau stattfindenden Demonstration nehmen nach Angaben der Behörden etwa 3.000 Menschen teil.
23.09.2018	In der Region Chabarowsk und der Oblast Wladimir finden Stichwahlen zum Gouverneur statt. Beide Wahlen entscheiden Kandidaten der systemoppositionellen Partei LDPR für sich. Laut vorläufigem amtlichen Endergebnis erhält Wladimir Sipjagin (LDPR) in der Oblast Wladimir 57% der Stimmen und Sergej Furgal (LDPR) in der Region Chabarowsk 69,57%.
24.09.2018	Wladimir Sipjagin (LDPR) steht als Sieger der Gouverneurswahlen im Gebiet Wladimir fest. In Primorje bestätigt die KPRF die Aufstellung des neuen Kandidaten Andrej Ischtschenko für die anstehenden Gouverneurswahlen. In den Regionen Chabarowsk, Chakassien und Wladimir kündigen LDPR und KPRF eine Koalitionsbildung an.
24.09.2018	Alexej Nawalnyj wird kurz nach seiner Haftentlassung erneut wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht festgenommen. Ihm droht eine Geldstrafe oder eine erneute 20-tägige Haft. Nawalnyj hatte besonders im Zuge der Ankündigung der Rentenreform zu Protesten aufgerufen.
24.09.2018	Russland beschließt die Lieferung des Flugabwehrraketensystems S-300 an Syrien und wird dafür international, u. a. von den USA und Israel scharf kritisiert. Das Luftabwehrsystem könne nach Angaben des russischen Verteidigungsministers Angriffe innerhalb einer Reichweite von mehr als 250 Kilometern abfangen. Russland begründet die Lieferung des Luftabwehrsystems mit dem jüngsten Abschuss eines russischen Aufklärungsflugzeuges über dem Mittelmeer, bei dem 15 russische Soldaten getötet wurden. Nach russischen Angaben werde das Raketensystem zu mehr Frieden und Stabilität in der Region beitragen.
25.09.2018	Die russische Duma beschließt in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, nach dem Arbeitgeber, die Arbeitnehmer im »Vorrentenalter« bei Einstellungen diskriminieren, strafrechtliche Folgen fürchten müssen. Dieses Gesetz ist eines der vom Präsidenten Putin vorgeschlagenen Nachbesserungen der Rentenreform.

25.09.2018	Die russische Duma beschließt in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, demzufolge bestimmten (Personen-) Gruppen unabhängige Tätigkeiten (u. a. die Abgabe von Expertisen oder Durchführung von Projekten) im Zusammenhang mit Antikorruptionsmaßnahmen verboten werden. Dazu zählen internationale und ausländische Organisationen, russische Bürger mit bestehenden Vorstrafen und Bürger, die wegen Vertrauensverlust ihre Position verloren haben, Mitarbeiter staatlicher Institutionen, lokaler Selbstverwaltungsinstitutionen und staatlicher Unternehmen, die sich bereits von Dienst wegen mit Antikorruptionsmaßnahmen beschäftigen und NGOs mit dem Zusatz »Ausländische Agenten«.
25.09.2018	Die russische Duma beschließt in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das Organisatoren öffentlicher Veranstaltung dazu verpflichtet, bei Nichtstattfinden der Veranstaltung sowohl die zuständigen regionalen Behörden der Exekutive in schriftlicher Form als auch potentielle Teilnehmer mindestens einen Tag vor Beginn der abgesagten Veranstaltung zu informieren. Die Initiatoren des Gesetzes, drei Duma-Abgeordnete von »Einiges Russland«, führten an, dass bei Nichtgenehmigung öffentlicher Veranstaltungen die Organisatoren nicht ausreichend ihrer Pflicht nachgingen, ein Zustandekommen von Veranstaltungen zu verhindern.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Redaktionsassistent: Merle Huber
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Göbel
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

